

# Volksleiter-Zeitung

Montag, 11. Mai 1931  
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 92

**Sport heute:  
vom Sonntag!**

Preis: 10 Pf. monatlich  
Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile  
Abonnement: 30 Pf. pro Quartal  
Verkaufspreis: 10 Pf. pro Exemplar  
In den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien**

**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 60. Tel. 400 20.  
Telefon 400 02. Sprechst. Breslau 10, Kreuzberg Straße 60.  
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Abends 8-10 Uhr.  
Sonn- u. Feiertage: 10-12 Uhr. Geschäftsst. Breslau 10, Kreuzberg Straße 60.  
Verlag: Schöffer-Verlag, Breslau 10, Kreuzberg Straße 60. Telefon 404 85.

## Verrat an Bergkumpels!

**Die Gewerkschaftsbürokratie aller Schattierungen für Annahme des Schiedspruches  
Der Kampfwille der Ruhrkumpels steigt / Organisiert die kämpfende Einheitsfront aller deutschen  
Bergbaureviere / Macht die Schächte streikfertig / Rein Schacht ohne vorbereitenden Kampfausschuss!**

Essen, 10. Mai. (Telunion.) Die vier am Rohmentarvertrag beteiligten Bergarbeiterverbände haben in ihren Revierkonferenzen am Sonntag die Annahme des Rohmentarisschiedspruches im Ruhrbergbau mit großer Mehrheit beschlossen und die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt.

Die reformistischen, christlichen, Hirsch-Dunderschen und polnischen Bergarbeiterverbände haben den Schiedspruch, der u. a. den Bergarbeitern und Frauen das Brot raubt, angenommen. Die gestern abgehaltenen gesteuerten Funktionärskonferenzen haben der Bürokratie hierzu den Auftrag gegeben. Die dort auf diesen Konferenzen anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre haben nicht das Vertrauen der Mehrheit der Bergarbeiterchaft des Ruhrbergbaues, und haben deshalb kein Recht, ihre Zustimmung für weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu geben. Der Ausgang der Betriebsratswahlen hat das sehr deutlich gezeigt.

Die Bonzen als berufsmäßige Verräter an den Arbeiterinteressen, und ihre Funktionäre als Bonzenanwärter haben im ausschließlichen Interesse der Grubenbesitzer und im Auftrag ihrer politischen Parteien gehandelt, die den Hungereldding der Traubungeisse auf das stärkste mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln unterstützen.

Die Bergarbeiterchaft an der Ruhr ist der festen Meinung, daß auch dieser neue Schiedspruch mit der schärfsten Waffe, und daß ist der Streik, beantwortet werden muß. Dieser Schiedspruch ist der Anfang zu einem allgemeinen Lohnabbau für alle deutschen Bergkumpels. Die Lohnsätze laufen am 31. Juli dieses Jahres ab, und da wird zum großen Schicksal gegen die deutsche Bergarbeiterchaft ausgeholf.

Dieser Vorkrieg der Grubenbesitzer auf Kürzung der Brotkrone für Frau und Kind, des Urlaubbraubes, des Raubes der Knappschaffsrente und der Verrat der Gewerkschaftsführer wird den Streikwillen der Ruhrbergarbeiterchaft um ein gewaltiges heben. Die Vorbereitungen zur Auslösung des Kampfes gehen unter Führung der SPD. und des roten Bergarbeiterverbandes weiter.

### Kameraden, was ist zu tun?

Die ober- und nieder-schlesischen Bergarbeiterkameraden müssen ihre begonnenen Kampf vorbereitungen mit verstärkter Kraft fortsetzen, um die einheitliche Kampf front aller deutschen Bergbaureviere zum Kampf gegen jede Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

- Wählt vorbereitende Kampfausschüsse!
  - Schafft die kämpfende Einheitsfront Ruhr-Oberschlesien-Nieder-schlesien!
  - Tretet massenweise dem Einheitsverbande der Bergarbeiter Deutschlands bei!
  - Macht die Schächte streikfertig!
- (Siehe ausführlichen Bericht über den Schiedspruch auf der zweiten Seite.)

## Schlesiens Jungpioniere im Waldenburger Land

Waldenburg, 11. Mai. (Eigene Meldung.) Gestern marschierten in Waldenburg die revolutionären Arbeiterkinder Schlesiens. Das Bezirksstreffen und die Bezirkskonferenz der roten Jungpioniere war ein einziger Ausdruck der innigen Verbundenheit der schlesischen Kindermassen mit der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Arbeiter vieler Orte Schlesiens kamen auf Lastautos nach dem Glendsgelände Waldenburg, und die weitliegenden Orte waren durch eine Anzahl Delegierte vertreten. Die Bezirkskonferenz gewann viele neue Mitarbeiter für die proletarische Kinderbewegung.

Die Demonstration am Sonntagnachmittag gestaltete sich zu einem gewaltigen Aufmarsch der revolutionären Kindermassen. Viele Hunderte von Kindern waren im Demonstrationsszuge, der einen einzigen Fahnenwag darstellte. Viele Transparente mit Kinderlösungen verkündeten die Forderungen der Arbeiterkinder. Trotz des Regens, der am Sonntagnachmittag einsetzte, war die Stimmung eine ausgezeichnete.

Das Treffen und die Konferenz bekundeten den kämpferischen Vor-marsch, den sich die rote Pionierbewegung in den breiten Massen der Proletarierkinder Schlesiens verschafft.  
(Wir bringen morgen einen näheren Bericht.)

## SPD.-Polizei und SPD.-Bonzen gegen SPD.-Arbeiter

Hamburg, 10. Mai. (Eigener Bericht.) Eine Besprechung oppositioneller SPD.-Arbeiter, die im Auftrage des vorbereitenden Ausschusses gestern in Hamburg stattfinden sollte, wurde von der Polizei unter Berufung auf die Notverordnung verhindert. Schon eine halbe Stunde vor Beginn wurde das Lokal von Sipos und Kriminalpolizei bewacht. Dem Wirt des Lokals wurde in sehr herausfordernder Weise von den Kriminalbeamten Konzeptionsentziehung und Gefängnisstrafe angedroht.

Veranlaßt wurde diese Polizeiaktion gegen SPD.-Arbeiter durch den Hamburger SPD.-Vor-sitzenden Grabbert. Dieser erschien am Freitagvormittag bei seinem Parteigenossen Andreas in Neugraben, der zum vorbereitenden Ausschuss für die Konferenz oppositioneller Sozialdemokraten gehört, und bei der Besprechung mit seinen Parteigenossen am Freitagabend veranlaßt hatte. Nachdem Grabbert vergeblich durch Besprechungen und Drohungen versucht hatte, seinen Parteigenossen Andreas von dieser Besprechung und von der Teilnahme an der Konferenz oppositioneller Sozialdemokraten abzuhalten, plagte er mit seiner wahren Absicht heraus. Grabbert erklärte, Andreas brauche gar nicht zu der Besprechung zu gehen, er habe zwei Wege, um diese Besprechung zu verhindern. Erstens werde er sofort zum Polizeipräsidenten gehen und die Auflösung dieser Besprechung auf Grund der Notverordnung verlangen. Wenn das nicht hilft, würde er mit seinen Parteihängern erscheinen und die Besprechung unmöglich machen.

Die SPD.- und Reichsbannerarbeiter werden die Konsequenz aus solchen faschistischen Gewaltmaßnahmen und solchem Denunziantentum gegen die eigenen Parteigenossen ziehen.

## 600 Bergarbeiter aufs Pflaster

**Massenentlassungen im Mai auf der Melchiorgrube — Die Bergherren rationalisieren — Der Hunger steigt im Waldenburger Glendland — Die Reformisten schweigen, sie wollen Arbeiter „nicht unnötig beunruhigen“**

Waldenburg, 11. Mai. (Eigene Meldung.) Die Direktion der Melchiorgrube hat jetzt angekündigt, daß noch im Monat Mai 600 Bergarbeiter und 16 Beamte entlassen werden. Die Regierung ist von dieser Maßnahme schon in Kenntnis gesetzt. Trotzdem die Direktion abstreitet, daß diese Massenentlassungen der Beginn der Stilllegung sind, steht doch fest, daß die Grube, wie wir bereits vor einiger Zeit meldeten, stillgelegt wird. Bereits im letzten Jahre wurde die Belegschaft um mehr als 200 Bergarbeiter vermindert.

In der betreffenden Betriebsratsitzung, in der die Direktion den Betriebsrat von den bevorstehenden Massenentlassungen unterrichtete, waren es nur die roten Betriebsräte, die die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verlangten. Die reformistischen Kopfnicker hatten sich ihren Niederlagenstrategen Hoffmann vom B.W. herangeholt, um durch ihn die „Stellung“ der Gewerkschaften zu den Massenentlassungen vertreten zu lassen.

Und diese „Stellungnahme“ war eindeutig: Herr Hoffmann hatte zu den Massenentlassungen der Direktion nichts zu sagen!

Ihm war die Erörterung der Verkürzung der Arbeitszeit durch die roten Betriebsräte äußerst peinlich. Die ganze erbärmliche Stellung dieses Gewerkschaftsführers offenbart sich in dem einen Satz:

„Man soll die Belegschaft vor der Verhandlung mit der Regierung nicht unnötig beunruhigen.“ (!)

In diesem Satz kommt so richtig zum Ausdruck, wie die Gewerkschaftsböden die Arbeiter vom Kampfe abhalten wollen, wie sie alles tun, um eine geschlossene Abwehrfront gegen den Lohnraub zu verhindern.

Die Gewerkschaftsbürokratie denkt nicht daran, eure Interessen zu vertreten, im Gegenteil, sie wartet nur, um euch in eurem Kampfe in den Rücken zu fallen. Die Gewerkschaftsböden haben den Hungerstillschluß an der Ruhr angenommen, sie stimmen dem Lohnraub und den Massenentlassungen zu, sie organisieren den Streikbruch, und ihre Politik des „kleineren Übels“ kürzt euch in immer größerem Glend!

Bergarbeiter, erkennt, daß nur der unerbittliche Kampf gegen die brutale Lohnplünderer, daß nur der Streik gegen jeden Lohnraub eure Lage verbessern kann. Bildet vor-

bereitende Kampfausschüsse, organisiert den Massenstreik gegen Lohnraub und Massenentlassungen, und schließt die Kampf front aller Bergarbeiter Deutschlands!

## Freilassung erzwungen!

### Neue Erwerbslosenfundgebungen in Schmiedeberg / Wieder brutale Polizeiattaken

Hirschberg, 10. Mai. (Eig. Meld.) In Schmiedeberg kam es am Freitagabend wiederum zu großen Kundgebungen der Erwerbslosen. In einer Massenversammlung nahmen sie zu der Polizeiattake und zu dem Unterfützungsbraub Stellung und forderten die sofortige Freilassung aller Verhafteten, die Zurückziehung der Gölziger Schutzpolizei und die Weiterzahlung der alten Unterfützungssätze. Nach der Versammlung zogen die Massen wieder auf den Markt, wo die Polizei erneute brutale Attaken durchführte. Die am Donnerstag von der Polizei verhafteten drei Arbeiter mußten unter dem Druck der Demonstranten freigelassen werden.

## Blutiger Polizeiüberfall auf Arbeiter

**Prügelattake mit aufgepflanztem Bajonett in Chemnitz — Drei Schwer- und zwanzig Leichtverletzte**

Chemnitz, den 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In Reichenbach im Vogtland demonstrierten am Sonnabend 2500 Arbeiter in einer Schluckfundgebung. Auf dem Marktplatz waren 5000 Teilnehmer versammelt. Genosse Leow, Berlin, sprach über den Kampf gegen den Faschismus. Während nun in der Schluckfundgebung eine Agitproptruppe spielte, führte plötzlich die Polizei mit aufgepflanzten Bajonetten und entschärften Karabinern und Revolvern auf die Demonstranten los und begann eine wilde Schlägerei und Stecherei. Drei Schwerverletzte und etwa 20 Leichtverletzte waren die Opfer dieser brutalen Attake, bei der weder auf Frauen noch Kinder Rücksicht genommen wurde. Eine Frau erhielt einen Gewehrkugenschlag gegen den Unterleib und wurde in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Ebenfalls in das Städtische Krankenhaus wurden zwei Arbeiter eingeliefert, die mehrere Rollen Schläge auf den Kopf erhielten. Bei einem der beiden besteht Lebensgefahr.



# Warnsignale an der Ruhr!

Angeheuerliche Einzelheiten des Schiedspruches für den Ruhrbergbau / Vor einem Riesenkampf größter Bedeutung für die Gesamtheit der deutschen Arbeiter / Rüstet zur Abwehr und Verbreiterung der Streikfront gegen die Hungerpläne der Volksfeinde

## Generalangriff der Unternehmer

Der mit Zustimmung der Gewerkschaftsführer geäußerte Schiedspruch für den Ruhrbergbau ist ein ungeheurer Schlag gegen die Bergarbeiter. Er bedeutet einen Freibrief für die Unternehmer, zu jeder Zeit zwischentarifliche Lohnreduzierungen vorzunehmen und bestmögklich, daß in den nächsten Wochen mit einem weiteren etappenweisen brutalen Lohnraub zu rechnen ist.

Dafür spricht die Formulierung, daß bei einer Aenderung der Arbeitszeit auch das Lohnabkommen geändert werden kann. Die Unternehmer kündigen schon an, daß sie am 15. Mai für Ende Juni zwecks weiteren Lohnraubes den Lohnsatz kündigen wollen.

Als dieses durchgeführt, dann werden sie durch eine Aenderung der Arbeitszeit, wie das jetzt im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokraten erfolgt ist, bei einer selben Stunde Arbeitszeiterfüllung 10 Prozent Lohnraub durchführen.

Es hat der Schiedspruch den Weg zur Entlassung einer Lohnraubmafie, die alles bisher Dagewesene weit in den Schatten stellt, freigelegt.

### Der Inhalt des Schiedspruches

Der Plan des Reichsarbeitsministers Stegerwald, nochmals 20 bis 25 Prozent Lohnraub im Bergbau herbeizuführen, um die Betriebe „wieder flott zu machen“, soll damit in Erfüllung gehen. Dabei wird kein Erwerblosler Arbeit und Brot bekommen, denn schon jetzt beträgt die wöchentliche Arbeitszeit im Bergbau in fast der Mehrzahl der Betriebe durchschnittlich 32 bis 36 Stunden.

### Abbau der Zulagen

Trotz der Senkung der sozialen Zulagen, die vollständige Streichung derselben bei Krankleiden, werden vor allem die kinderreichen Bergleute betroffen. Bekanntlich ist unter den Bergarbeitern der größte Geburtenzuwachs. Hier bis acht Kinder bei einer Bergarbeiterfamilie sind keine Seltenheit. Allein durch die Senkung der sozialen Zulagen ist für einen Familienvater von fünf Kindern eine Verrentung von 36 Pfennig pro Woche zu verzeichnen. Fehlt er dann, dann tritt für ihn der Tag zum Hunger des Kronenacklers ein.

### Raub der Ruappschafftsrente

Das liegt in der allgemeinen Linie der Traubbourgeoisie und der brennenden Regierung, die außerdem auf dem Wege einer Notverordnung zum 20. bis 30prozentigen Rentenraub bei der Ruappschafftsrente und einem 15prozentigen Unterhaltungsraub bei den Erwerblosen durchzuführen will. Und die Gewerkschaftsbürokraten machen mit.

Der gleiche brutale Charakter des Schiedspruches zeigt sich in der Kürzung des Tarifurlaubs. Es handelt sich hierbei nicht um einen Tag Urlaub, sondern um drei und mehr Tage. Schon ist auf Grund dieses Schiedspruches die Kürzung des Tarifurlaubs beschlossen.

### Freierichten in den Urlaub einrechnet.

Im Ruhrbergbau die Bekämpfung bei 12 Tagen Urlaub um zwei Tage der Freierichten gekürzt worden. So soll es auch im Ruhrgebiet werden.

Der im Schiedspruch festgelegte ungenügende Raub ist natürlich nur ein Teil des geplanten Raubzuges. In der „Bergwerkszeitung“ vom 6. April schreibt ein Professor Pappeler:

„Ich bin aber überzeugt, daß das Gezeig des leichteren Ertragens von Aenderungen, die allmählich vor sich gehen, auch gelten wird für die Lohnabzüge.“

Alle Schritte für Schritte sollen die Ziele der Schiedsmacher verwirklicht werden.

Daß sie jetzt nicht radikal ihre Vorhaben durchführen konnten, liegt an der vom SPD. und der KPD.

### organisierten Streikfront der 500 000

und der wachsenden Streikwillen der Bergarbeiter ganz Deutschlands, wie er auf dem Verbandstage des GBD. zum Ausdruck kam, wie besonders in der wachsenden Volksaktion gegen Faschismus und Brüning-Regierung.

Die Unternehmer müßten vorläufig zurückweichen. Die vereinigten Lohnräuber wollen erst die Front der 500 000 spalten, bevor sie sich durchsetzen lassen. Dafür spricht schon die kurzfristige Erklärung des Schiedspruches, die am 12. Mai abläuft.

Man glaubt durch den Schiedspruch die Streikfront unter den Bergarbeitern erlahmen zu können. Vorläufig sollen die Lohnarbeiter, denen man einen noch brutaleren Schiedspruch diktieren will, erledigt werden, um dann im Juni bei den Bergarbeitern den oben aufgezeigten Lohnraub durchsetzen zu können.

Die Gewerkschaftsbürokraten stehen in einer Front mit den Unternehmern und der Brüning-Regierung, wie das ihre Zustimmung zu dem schändlichen Schiedspruch beweist. Es ist Tatsache, daß den Gewerkschaftsbürokraten schon

### vor der Schlichtungsverhandlung

der Inhalt des Schiedspruches bekannt war. Am Sonntag werden Arbeiterkonferenzen der Tarifgewerkschaften stattfinden, die nach einer von Unternehmern und Brüning-Regierung festgelegten Linie die

Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches beim Reichsarbeitsminister fordern werden.

Verstärkte Streikfront in allen Bergbaurevieren mit den Metallarbeitern der Nordwestgruppe wird die Antwort der Arbeiter sein. Aber es gilt, nicht nur im Ruhrgebiet und anderen Kohlenrevieren, sondern in ganz Deutschland die Vorbereitungen zum Kampf zu treffen. Die kämpfenden Massen gegen die Hungerpläne der Volksfeinde für Arbeit, Brot und Freiheit. Sie werden siegen, wenn eine aktive Solidaritätsaktion der deutschen Arbeiter ihnen zu Hilfe kommt.

## Die Helfer der Lohnräuber

Wie der schändliche Ruhrschiedspruch zustande kam

In einer Betrachtung zur Lage im Ruhrgebiet schreibt das „Berliner Tageblatt“ über das Zustandekommen des neuen Schiedspruches im Ruhrbergbau folgendes:

„Im übrigen geht aus der Tatsache, daß der Reichsbund bereits angekündigt hat, er werde (aus tatsächlichen Gründen! D. Red.) den Schiedspruch ablehnen, hervor, daß

Die Entscheidung an der Ruhr wird für alle Arbeiter von weitgehender Bedeutung sein. Arbeiter aller Berufe, aller Industrien, Land- und Forstarbeiter!

Erhebt daher eure eigenen Forderungen! Führt euren Kampf mit dem an der Ruhr zusammen! Organisiert die brüderliche Solidarität in allen Industrien!

dieser wohl mit den Stimmen der Gewerkschaftsvertreter zustande gekommen ist.“

Niemand wundert sich über die aktive Hilfe, die der Reformismus und die Christen dem Unternehmertum und der reaktionären Brüning-Regierung leisten. Man muß es nur wieder einmal feststellen.

### Die Flucht aus der Panzerkreuzer-Partei

## Massenübertritte von SPD.-Arbeitern zur Kommunistischen Partei

Unter Bremer Wanderblatt veröffentlicht in seiner Donnerstag-Ausgabe eine längere Erklärung, mit der 21 sozialdemokratische Funktionäre und Mitglieder ihren Eintritt in die kommunistische Partei begründen. Am Schluß dieses außerordentlich wirkungsvollen Dokuments heißt es:

„Wir haben erkannt, der Weg der Kommunisten führt zum Sozialismus, der Weg der Sozialdemokratie zum Faschismus und der kapitalistischen Barbarei. SPD.-Arbeiter, Reichsbannerproleten, wir rufen euch zu: Folgt uns! Folgt uns! Folgt uns! Folgt die Vertreter am Sozialismus nach dem zweiten Mann jammern!“

Nicht nur der erste und zweite, sondern alle Mann, alle ehrlichen, klassenbewußten Arbeiter gehen zur kommunistischen Partei, zur Partei des Sieges, kämpfen in den Reihen der KPD., des Kampfbundes gegen den Faschismus und der revolutionären Gewerkschaftsopposition für Brot, Arbeit und Freiheit! Für ein freies sozialistisches, für ein Sowjetdeutschland!“

Diese Erklärung ist von 21 Mitgliedern und Funktionären der SPD. namentlich unterzeichnet, damit die SPD.-Presse von vornherein nicht in der Lage ist, die Echtheit dieses Dokumentes zu bezweifeln, wie sie es zweifellos versuchen wird.

### An alle Freidenker im Bezirk Schlesien!

## Proletarische Freidenker im Kulturkampf

Der Verband proletarischer Freidenker, der in enger Kampfgemeinschaft mit der kommunistischen Partei und der KPD. sowie den übrigen revolutionären Massenorganisationen arbeitet, hat nun auch im Bezirk Schlesien, und zwar in Görtlich, festen Fuß gefaßt. Embvort über den schändlichen Verrat der Konföderationsfreidenker Stevers, Hartwig und Konwitsch, wählte sich die Generalversammlung eine Leitung, die diesem Kurs, wenigstens soweit die Ortsgruppe Görtlich in Frage kommt, unterbinden sollte. Sofort erschien der Bezirksleiter des Deutschen Freidenkerverbandes, Pietsch, aus Breslau, und erklärte diese von den Mitgliedern gewählte Leitung für abgesetzt und ließ mit allen Kassineffen, die einem Sozialfaschisten eigen sind, eine Generalversammlung zusammenschieben, die eine ihm genehme Leitung wählte. Diese freche Provokation schlug dem Haß der Langmut und Geduld den Boden aus, und ein großer Teil ehemaliger Deutscher Freidenkerverbands-Mitglieder beschloß, sofort den „Verband proletarischer Freidenker“ zu errichten. Die wenigen Tage seines Bestehens zeigen, daß täglich neue Ein- und Uebertritte zu verzeichnen sind, und alle Drohungen und Verleumdungen von Pietsch, die er als gelehriger Jesuitenknäuel in die Welt setzt, nichts mehr auszurichten vermögen.

Elemente der Freidenkerbewegung mit der Unterstützung der breiten Arbeitermassen den

### Verband proletarischer Freidenker

geschaffen, der im Bunde mit der Millionenarmee der „Internationalen proletarischen Freidenker“ seinen Vormarsch gegen Reaktion und Kulturfaschismus angetreten hat. Den besten Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind, haben wir daran bestätigt, daß die Gegner uns trotz des erst kurzen Bestehens mehr fürchten als den „Deutschen Freidenkerverband“, trotz seines 25jährigen Bestehens. Er ist ein tüchtener Koloss, der niemandem, außer dem Proletariat, das er täuscht, gefährlich werden kann.

In Thüringen, dem Ruhrgebiet, dem schwarzen Bayern, und selbst in Oberschlesien sind alle ehemaligen Ortsgruppen des DFB. bis auf die SPD.-Partei- und Gewerkschaftsangehörigen und deren Familienangehörigen geschlossen in den „Verband proletarischer Freidenker“ eingetreten.

Aus allen Gegenden kommen die Nachrichten, daß durch unsere Initiative noch zu keiner Zeit so viele Kirchenaustritte zu verzeichnen waren, als gegenwärtig, und das, trotzdem der Koalitionsgenosse des Herrn Pietsch, der Reichsinnenminister Dr. Wirth, glaubte, durch die Notverordnung diese ihm gefährlich werdende Bewegung tot zu bekommen. Das Gegenteil ist eingetreten, unsere Reihen werden dadurch nur gestärkt und die Arbeiter erkennen dadurch besser, wer mit ihnen und wer gegen sie ist.

Wir wenden uns mit diesem Aufruf an alle klassenbewußten Mitglieder des „Deutschen Freidenkerverbandes“, diesen Verrat ihres Organisations auch keine Minute länger mehr mitzumachen und sich noch heute mit der für Schlesien und Oberschlesien betrauten Leitung des „Verbandes proletarischer Freidenker“ in Oppeln, Gesselfstraße 4, in Verbindung zu setzen, die gern bereit ist, auf Anfragen jede weitere Auskunft zu erteilen.

Wir wissen, daß in vielen Ortsgruppen des jährlichen Bezirkes vom Stevers-Verband die Mitglieder schon längst mit dem eingeschlagenen Kurs dieses Schmorvereins, der sich bestenfalls noch um die Toten kümmert, aber die Lebenden dem Einfluß des Klerus überläßt, keineswegs einverstanden sind und dem Beispiel der Görtlicher Freidenker folgen. Der Deutsche Freidenkerverband ist ein Anhängsel der korrupten und bis ins Mark verfaulenden Sozialdemokratischen Partei. Wie will man auch gegen das pfäffische Zentrum einen entscheidenden Kampf führen, wenn man mit dem Zentrum zusammen in der preussischen Regierung sitzt?

Aus diesen Gründen haben die besten vorwärtsdrängenden

## Rüstet in allen Betrieben und Fabriken, in allen Gruben und auf allen Gütern!

## Rüstet in allen Orten zur Abwehr der Stahlhelmbanden!

## Meldet alle Beobachtungen über Vorbereitungen der Stahlhelmer und seiner Beschützer und Auftraggeber an eure Presse!



# Breslau

## Transparent der Roten Jungpioniere hochberratsverdächtig

(Note Jungpionierkorrespondenz)

Am Freitag hatten sich die Breslauer Roten Jungpioniere gemeinsam mit den unorganisierten Arbeiterkindern anlässlich der Internationalen Kinderwoche zu einer Kundgebung gegen die Schulreaktion und gegen die Unterdrückung der Arbeiterkinder am Neumarkt versammelt.

Genosse Jungmann-Berlin hielt die Ansprache, in welcher er auf die Notwendigkeit der verstärkten Arbeit der Roten Jungpioniere unter den Arbeiterkindern hinwies. Gerade die Roten Jungpioniere sind berufen, die Arbeiterkinder aufzuklären, um ihnen schon jetzt in ihrer „goldenen Kindheit“ das Klassenbewusstsein zu wecken und somit den Keim für den späteren Klassenkampf zu legen. Tragisch erlang der Pioniergruß „Nimmer bereit“ über den Neumarkt.

Anschließend formierte sich, an der Spitze die Ruppelmann der Roten Jungpioniere, ein Demonstrationzug, welcher über die Taschen-, Tauengienstraße durch das Ohlauer Tor nach dem Marktplatz zog und dort nach einer Schlussansprache aufgelöst wurde. Die Polizei setzte sich durch die Begleitung der Roten Jungpioniere mit einem Lastwagen sogar der Sicherheit unter den Spielern aus.

Den Gipfel der ... Kop, die Rotverordnung wurde jedoch durch folgenden Vorfall bekräftigt. Zur Bezirkskonferenz des Verbandes der Roten Jungpioniere sollten Transparente nach Walzenburg mitgenommen werden. Auf Grund der Rotverordnung müssen sie unter „Belieben“ in der Abkempfung vorgelegt werden. Also da schnappten sich ein paar rote Jungpioniere das Transparent und verlangten die Abkempfung. Doch ein „Herr“ der IA, wir tippen hier auf Gahle oder Kluske, da unsere Roten Jungpioniere lieber vergaßen, sich eine Visitenkarte geben zu lassen, verweigerte die Abkempfung. Grund: das der Wortlaut

„Arbeiterkinder hungern!

Brot schafft nur ein Sowjet-Deutschland!“

eine Agitationsparole für hochverräterische Zwecke sei.

Trotz alledem! Dafür haben die Roten Jungpioniere gelobt, auf Grund dieser Rotverordnung um so mehr für den Verband der Roten Jungpioniere zu werben.

## Merkwürdige Erziehungsmethoden des Frä. Dr. Abraham

Auf der kaufmännischen Berufsschule in der Clausenstraße trug sich am Dienstag, dem 5. Mai, folgendes zu:

Früh morgens um 7 Uhr betrat die Lehrerin Fräulein Dr. Abraham die Klasse V. M. 3 und befahl den Mädchen im Kommandoton: Aufstehen! Ruhe! Im Verlauf der Stunde erwiderte sie sich, wer von den Schülerinnen schon das neue Rechenbuch des Schuljahres besitzt. Infolge der jämmerlichen Bezahlung der jugendlichen Angestellten und Lehrmädchen ist es ganz verständlich, daß sich nur sehr wenige Mädchen diese Neuanschaffung leisten konnten. Das konnte nun das Fräulein Doktor nicht begreifen. Sie, die auf ihr Gehalt nie zu warten braucht, findet es einfach unerhört, daß kurz nach dem Ersten, der doch der Gehaltstag der kaufmännischen Angestellten ist, Mädchen aufstehen konnten und mitteilen, daß sie infolge Geldmangel sich die Neuanschaffung des Rechenbuches nicht leisten konnten. Was weiß sie davon, wie der kärgliche Lohn des jungen Mädchens am Ende des Monats von der Familie erwartet wird, um die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Familie zu kaufen. Aber auch in anderer Hinsicht fühlt sich diese Lehrerin dauernd veranlaßt, den Mädchen den sogenannten „guten Ton“ beizubringen. Als eine Schülerin infolge der dauernden Ausbeutung im Betriebe und der daraus sich ergebenden Ermüdung gähnen mußte, fand das Fräulein Doktor dieses sehr unanständig, trug sie die Schülerin die Hand vor den Mund gehalten hatte. Gerade sie als Vertrauensschülerin mußte in bezug auf Anstand und gute Sitte den anderen Schülerinnen vorangehen. (Fräulein Dr. A. scheint nicht zu wissen, daß eine Vertrauensschülerin vor allem das Vertrauen der Klasse, das heißt ihrer Mitschülerinnen, besitzen muß.) Als sich eine Schülerin bei dieser Bemerkung der Lehrerin erlaubte zu lächeln, wurde die Lehrerin rasend. Sie kanzelte die Schülerin wegen dieses „Verbrechens“ herunter, daß die gesamte Klasse darüber empört war, und als sie gar mit Krete und mit dem Jugendamt drohte, konnte sie nicht verhindern, daß die gesamte Klasse lächelte.

Wir wollen diesem Fräulein Doktor sagen, daß sie nicht denken soll, sie könne mit den Schülerinnen in einem Tone verkehren, der wohl in Zwangserschulungsanstalten üblich sein mag. Wenn man glaubt, nur in einem überheblichen Tone und mit Ausdrücken wie „Lächelnde“, „Betrügerin“ umgehen zu können, so zeigt man dadurch nur seine pädagogische Unfähigkeit.

Den Schülerinnen oder rufen wir zu: Es nützt nichts, gegen die Behandlungen der Schülerinnen durch gewisse Lehrerinnen zu murren und zu klagen, sondern ihr müßt erkennen, daß alle diese Maßnahmen bewußt durchgeführt werden, um euch zu gefügigen Ausbeutungsobjekten des Kapitalismus zu machen. In Sowjetrußland gehen Lehrerinnen wie Schülerinnen kameradschaftlich den Lehrplan durch und werden zu Mitarbeitern am Aufbau des Sozialismus erzogen.

Kämpft an den Berufsschulen gegen faschistische Erziehungsmethoden. Organisiert unter Führung des kommunistischen Jugendverbandes den Kampf auf den Fortbildungsschulen.

Für die Verlegung der Schulzeit in die Arbeitszeit und Bezahlung derselben.

Für unentgeltliche Lehrmittel für alle Schüler.

Gegen Schulfaschismus und Unterdrückung.

Tretet ein in die Reihen des kommunistischen Jugendverbandes!

## So feiert die SPD. den 1. Mai!

Brodau. Es ist ja unserer Arbeiterschaft bekannt, daß die SPD. weit genug entfernt davon ist, auch nur einmal die Interessen des Proletariats zu vertreten. Nachstehender Fall zeigt uns wieder mal ganz klar die Stellungnahme der SPD. zum 1. Mai, zum Weltfeiertage des gesamten Proletariats.

Der Ortsgruppenleiter der SPD.-Ortsgruppe Brodau steht immer für seine Partei. Ständig redet er seinen Parteigenossen ein, nur die SPD. ist die Partei, die für die Befreiung des Proletariats eintritt, die überhaupt in jeder Weise die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt. Am 1. Mai hat er sich besonders hervor. Während sich unsere Arbeiterschaft nicht nehmen ließ, am 1. Mai auf-

## Die Aufführung der Piscatorbühne im Liebleh-Theater

# „Frauen in Not!“

Eine scharfe Anklage gegen den Schandparagraphen 218 — Justizrat Mamroth muß unter dem Protest der Anwesenden abtreten! — Zwei Lastautos Schupfisten zum „Schuß“

Der Sonnabendabend dem Gastspiel der Piscator-Bühne im „Liebleh-Theater“ bewohnte, dem wurde dieser Abend zum Erlebnis. „Frauen in Not“, nach dem gleichnamigen Roman von Carl Erbe, auf der Bühne. Ein Stück härtester, brentendster Gegenwart zieht da unter Mitwirkung einiger Spieler, die nur jugend sind, um „Piscator gesehen zu haben“, auf den Brettern vorüber. Piscator fürchtet sich nicht, das, was ist, mit aller Schärfe auszusprechen. Das Theater ist politisches Theater, Tendenz, Propaganda für die Sache des Proletariats. Die Schauspielergemeinschaft, mit der Piscator auf Reisen geht, steht bewußt zum revolutionären Klassenkampf; stellt ihre Kraft bewußt zum Kampf zur Verfügung. Der § 218 meint die werktätigen Frauen unter Androhung schärfster Gefängnisstrafen zum Gebären, ohne Rücksicht auf ihre oder des Kindes gesundheitliche Lage, ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten, dem Kinde Nahrung, Kleidung und eine kulturelle Erziehung zu geben. Die durch den § 218 gescheiterten Verweigerer in den meisten Fällen, wo es um Proletarierfrauen geht, ein Eingreifen. Über eine Million deutsche Frauen, die trotzdem jährlich ihre Schwangerschaft unterbrechen lassen müssen, führt der Weg zum Kurpfuscher, im Volksmunde genannt: „weiße Frau“. Durch Pfuschaborte aber sterben jährlich zehntausende, Hunderttausende leben unter schweren Nacherkrankungen, nur ein ganz kleiner Prozentsatz von Abtreibungsfällen kommt zur Aburteilung, und das sind fast ausschließlich Proletarierfrauen und -mädchen.

Die Sonnabendvorstellung hat gezeigt, daß die Truppe einen scharfen und aufpeitschenden Kampf für die Beseitigung des Schandparagraphen führt. Das Ziel dieses Theaterstückes ist: Neue Massen als Kämpfer zu gewinnen, die alten anzufeuern. „Was wird das schon mit Punkt zu tun haben“, ironisierten die von der Gruppe in den Zuschauertraum gestellten Spieler. Die Kunst im Sinne des deutschen Bürgers kennt das Stück nicht. Die Piscator-Bühne ist proletarisch-politisches Theater, sie soll sich am nächsten Tage im Leben auswirken. Das Stück „Frauen in Not“ beginnt nicht auf der Bühne, sondern im Zuschauertraum beim Publikum. Die Zuschauer werden durch das Stück vollends mitgerissen, und der innige Kontakt zwischen Spieler und Publikum wird hier geschaffen. Vor den Augen der Zuschauer zeigt sich die heuchlerische Frage der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Im Dienst einer verfaulten Ordnung setzen wir den Pfaffen, die Justiz und die beamtete „Arztliche Wissenschaft“.

Mitten im Stück ergriß Dr. Neufeld als Gegner des Abtreibungsparagraphen das Wort und schilberte den Standpunkt des fortschrittlichen Arztes, während auf der anderen Seite Justizrat Mamroth den Standpunkt des reaktionären Juristen vertrat. Nach seiner Meinung ist der Paragraph 218 in seiner neuen Fassung vom 18. Mai 1926 kein draconisches Gesetz mehr. Durch seine „Abmilderung“, „Lohn“ der Richter bei Aburteilung die soziale Lage der Angeklagten berücksichtigen. Es würden sich milde Richter finden (Zurufe aus dem Publikum: Magistritz!). Er selbst plädierte für Beibehaltung dieses Justizhausparagraphen. Er verfuhr durch juristische „Autoren“ seinen Standpunkt zu festigen. Immer und immer wieder zitierte er den früheren Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer, der Klassenbewußten Arbeiterkämpfer wegen seiner antiproletarischen Einstellung zur Genüge bekannt. Seine reaktionäre Meinung ließ auf den schon im Widerstand der Anwesenden, die durch Gegenüberstellungen deutlich zum Ausdruck brachten, daß sie seine Auffassung durchaus nicht teilen. Die Empörung wurde so stark, daß Mamroth als verächtliche juristische „Kapazität“ abtreten mußte. Auf die Losung eines Anwesenden: „Es lebe die volle Gebärfreiheit!“ stimmte der übergroße Teil der Anwesenden begeistert zu.

Am Schluß dieses ergreifenden Stückes erfolgte eine Abstimmung für oder gegen den § 218 durch Handheben, bei der zum Ausdruck kam, daß die übergroße Zahl gegen Gebärzwang, für Gebärfreiheit sich aussprach.

Die Veranstaltung der Piscator-Bühne war mit ein Glied in der Volkaktion gegen den § 218, eine wahre Anklage gegen das absterbende kapitalistische System.

Die Stimmung im werktätigen Volke reißt immer mehr heran, um in einem breiten Massenkampf diesen Schandparagraphen hinwegzufegen und die in den Kerlern schmachtenden Opfer des § 218 zu befreien. Der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen ist ein politischer Kampf, der mit dem Mittel des revolutionären Klassenkampfes geführt werden muß. So wie in der Sowjetunion wird dieser Paragraph erst in einem sozialistischen Deutschland fallen.

Zu bemerken wäre noch, daß die hiesige Polizeibehörde zwei Lastautos Schupfisten zum „Schuß“ der Teilnehmer gestellt hat.

## An die Funktionäre der Partei und Massenorganisationen!

# Außerordentliche Gesamtfunktionärsitzung in Breslau

Für Dienstag, den 12. Mai, ist eine Gesamt-Funktionärsitzung der Partei und Massenorganisationen festgelegt. Dieselbe findet um 20 Uhr im Lokal „Bergkeller“, Kleinschloßstraße, statt. Dieser Tag ist von allen anderen Beratungen freizuhalten, damit sämtliche Funktionäre daran teilnehmen können. In dieser Sitzung werden wichtige Fragen, die auch den Stahlhelmaufmarsch betreffen, besprochen werden.

## RUSTET ZUR SPARTAKIADe BERLIN 4. - 12. JULI 1913

zumarschieren, sah Herr „Genosse“ Gärtner, Ortsvorsitzender der SPD., gemächlich hinter seinen Büchern und schwierte Zahlen. Er will halt den ihm zugeschobenen Posten im Rathaus nicht verlieren und verrichtet gleichzeitig der verräterischen SPD. den „ehrenvollen“ Dienst, seinen Parteigenossen zu zeigen, wie sie eigentlich den 1. Mai feiern müssen.

Klassengenossen, Arbeiter von Brodau und umliegenden Ortschaften, seht ein, daß das nicht so weitergehen kann. Kehrt dieser Partei den Rücken, wie es schon viele ehrliche SPD.-Arbeiter bereits getan haben. Tretet ein in die kommunistische Partei, macht es den Kollegen nach, die bereits vor Tagen ihren Uebertritt in die KPD., Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, vollzogen. Denn nur die kommunistische Partei und mit ihr die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition vertreten die Interessen der Arbeiter und des gesamten Proletariats.

## Bürgermeister Maches Sprößling auf Abwegen

Der 24jährige Schriftsetzer Macho (Sohn des Bürgermeisters Macho, Breslau) und der 26jährige Freund des Macho hatten bei einer Bierreise die Bekanntschaft einer berufslosen Maib gemacht und waren der in ihre Wohnung gefolgt. Hier schloßen die beiden jungen Leute aber infolge ihres Alkoholgenusses ein. Die Angeklagte ließ diese Gelegenheit nicht vorübergehen und entwendete ihren Begleitern die Uhr, Zigarettenetuis, 1 Verlobungsring etc. Die beiden jungen Männer erstatteten Anzeige und erhielten auch ihre Gegenstände bis auf die Uhr wieder. Die Angeklagte wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

## Marxistische Arbeiterschule

Heute 20 Uhr Lokal „Ohlauer Tor“, Tauengienstraße 190: Kursus: Bürgerlicher Staat und Klassenjustiz. Thema des heutigen Abends: Strafvolkung in der Sowjetunion.

Esperanto-Kursus für Fortgeschrittene: Dienstag, den 12. Mai, um 20 Uhr im Lokal Genette, Mariannenstraße 7. Teilnehmer hierzu können sich noch melden, auch solche, die Anfängerkurse nicht beendet haben!

## Piscator-Gastspiel

Mitglieder der Jca., J.M., Roten Hilfe, des Antifaschistischen Kampfbundes usw. erhalten zu den Aufführungen der Piscator-Bühne mit dem Stück „Frauen in Not“ von Erbe Eintrittskarten zu Preisen, die weit unter dem Kassapreis liegen. Ausgabe der Karten im Büro der KPD. Breslau, Breitschloßstraße 6/7.

## Rote Sportler im Bergkeller

Hast Du schon eine Eintrittskarte zum Sportfest der Roten Sportler am Freitag, dem 16. Mai, im Bergkeller? Wenn nicht, dann besorge sie dir sofort. Geht mit, den Abend zu einem wuchtigen Auftakt zur Spartakiade und zu einem Bekenntnis für die rote Sporteinheit zu machen.

## Schiedsrichterkursus

Am Mittwoch, um 18 Uhr, findet von Fanol-Nord bei Albig, Enderstraße 1, ein Schiedsrichterkursus statt. Rote Sportler der anderen Vereine werden aufgefordert, sich als Schiedsrichter auszubilden und am Kursus teilzunehmen.

## Aus der Partei

Der frühere Jugendgenosse Erwin Fieger, Trebnitz, ist wegen unproletarischen Verhaltens aus der Organisation ausgeschlossen worden.

Bezirksleitung Schlesien des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.

## Rote Hilfe Scheitnig

Dienstag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wittmas, Uferstraße 26.

Serantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Provinz und Lokales: Rittsch, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Brechner, Berlin. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

## Geschäftliches

„Trinkt deutschen Tee“ (siehe auch Arbeiter-Zeitung Nr. 89) Genossen, laßt Mate-Tee nur vom Genossen Hindemit, Jordastraße 49, parterre. 10 Prozent Erlös der Roten Hilfe. Frei-Haus-Lieferung, Postkarte wird ersetzt.

**LIEBLICH**  
Rut 346 46  
Täglich 8<sup>15</sup>  
**Piscator-Gastspiel**  
**§ 218**  
**Frauen in Not**

**Trinkt deutschen Tee**  
(s. a. Arb.-Ztg. Nr. 89)  
**Genossen! Kauft Mate-Tee**  
nur vom Genossen  
**Hindemit, Breslau, Yorckstr. 49 ptr.**  
10 Prozent Erlös der R. H. D.  
Frei-Haus-Lieferung! Postkarte wird ersetzt!



# Rund um den Erdball

13 Funktionäre der Görlitzer Nazis packen aus

## Naziproleten über Nazibonzen

Erbrochene Sammelbüchsen — Erhobenes Reichstagsmandat — Nazistadtrat bezahlt mit „Judengier und Frauenehre“ seine Schulden

13 Funktionäre der Görlitzer Ortsgruppe der kapitalistischen Reichsarmee haben am 25. November 1930 eine Beschwerdechrift an den Gauleiter Brückner in Breslau gerichtet, in der Illusion, mit einem Reichsverbrechler der ständig weiter um sich fressenden Korruption unter den Naziführern Einhalt gebieten zu können. Dieser Reichsverbrechler kam in die unrichtigen Hände und so sind auch wir in der Lage, einmal zu berichten, wie ehrliche Naziproleten über ihre Cias und sonstigen ... als denken.

Da spielen in der Beschwerdechrift vor allen Dingen sechs gefüllte Sammelbüchsen eine Rolle, die ein gewisser Knoblan, der als Vertreter des Nazi-Reichstagsabgeordneten Tenzen fungiert, erbrochen haben soll. 60 Mark will dieser Knoblan darin vorgefunden haben, doch die erhobten Rg.'s behaupten, mindestens 150 Mark seien darin gewesen. Von dem Reichstagsabgeordneten Tenzen wird behauptet, daß er sein Reichstagsmandat auf Schiebung erhalten habe, die er als Knüppelfunktionär nach mit dem jetzigen Gauleiter Brückner gefingert hat.

Von einem Reichsredner Frajelmann erfährt man, daß er sich jeden Abend sofort nach der Versammlung 25 Mark

Rednergebühren zahlen ließ, trotzdem er fast in allen schlesischen Orten nur vor einer Tische seine Phrasen vom „Dritten Reich“ ableierte. Außerdem überreichte er einer kleinen Ortsgruppe eine Hotelrechnung in Höhe von über 98 Mark, diese Rechnung wies u. a. Beträge für Zigaretten, Streichhölzer, Bier und Ansichtskarten auf.

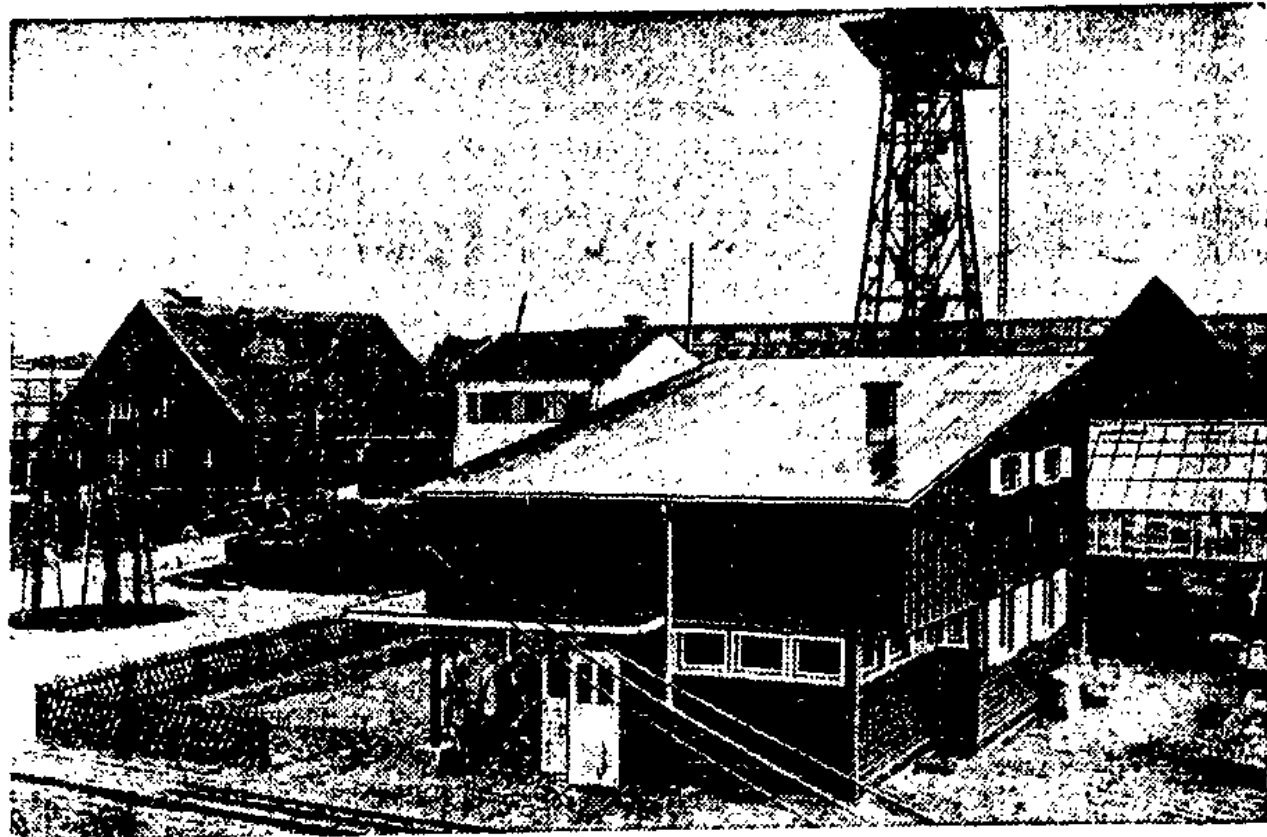
Ein hübsches Schadergeschüftchen tätigte — immer nach der Beschwerdechrift der 13 Funktionäre — der Nazistadtrat Gengler aus Nürnberg, der am 5. August 1930 in Görlitz

die Kleinbürgermassen vom „Dritten Reich“ besoffen machte. Dieser ließ sich aus der Parteikasse in Görlitz 200 M. Ortsgruppenleiter Schussig leihnte das Ansehen ab, worauf der Gauleiter Brückner aus Breslau den Befehl erteilte, Gengler die Summe auszusahlen. Gengler verschwand und erst, als man ihn dringend mahnte, fandte er 50 M.; spätere Wohnungen hatten dann vorläufig keinen Erfolg. Dann drohten ihm die Görlitzer schließlich mit einem Zahlungsbefehl. So unter Druck gesetzt, schrieb er zurüd, bei ihm wäre nichts zu holen, denn er habe bereits den Offenbarungseid geleistet. Doch wollte er ihnen als Ersatz für die 150 M. Schulden seine Flugchrift „Judengier und deutsche Frauenehre“ schicken. Viel leicht ließe sich damit ein „Geschäft“ bei den urteilslosen Kleinbürgern machen.

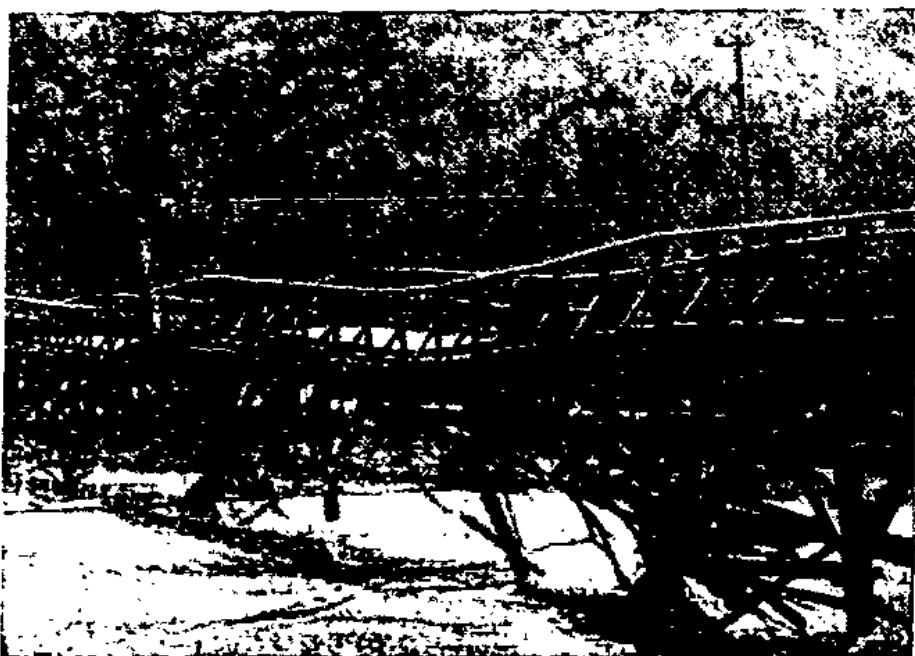
Wenn uns unser Raum nicht zu schade wäre, könnten wir noch ellenlang fortfahren, Einzelheiten aus dem schlesischen Nazikorruptionsjumpf aufzählen. Doch glauben wir, daß diese Blütenlese schon genügt, um selbst den letzten ehrlichen Naziarbeiter davon zu überzeugen, daß sie nicht nur ein Verbrechen an ihrer Klasse begehen, sondern auch an sich selbst, wenn sie auch nur einen Tag länger auf das Befreiungsgeschwafel dieser durch und durch vor Kapitalismus verfaulenden und korruptierten Bonzen hören.

### Die Bauausstellung in Berlin eröffnet

Die Internationale Bau-Ausstellung in Berlin wurde am Sonnabend mit großem Tamtam eröffnet. Die Regierungsvertreter ließen in ihren Festreden keinen Zweifel aufkommen, daß man nach wie vor bereit ist, den kapitalistischen Baulöwen gegenüber alle Rücksichten walten zu lassen. Das Prunkstück dieser Ausstellung ist das „deutsche Dorf“, das auf unserem Bilde zu sehen ist. Natürlich werden nicht die bauwürdigen Katen der Landarbeiter gezeigt, sondern Pracht- und Zweckbauten, die jedoch so kostspielig sind, daß kein Kleinbauer sich jemals solch einen modernen Bau leisten kann.



### Die Unwetterkatastrophe in Süddeutschland



Die Wolkenbrüche in den letzten Tagen haben besonders in Süddeutschland schwere Zerstörungen angerichtet. Sonst kleine und harmlose Gebirgsbäche sind in wenigen Stunden zu tobenden Flüssen geworden. Unsere Aufnahme zeigt eine Brücke über dem Neckar bei Ober-Eßlingen in Württemberg. Das Bild zeigt die Brücke wenige Augenblicke, bevor sie der Gewalt der Fluten nachgab und zusammenstürzte.

### Syndjuzitz in der Steiermark

Bestialische Tat zweier eifersüchtiger Großbäuerinnen

Nach einer Meldung aus Wien verübten zwei Bäuerinnen in Judenburg in der Steiermark an ihrem Dienstmädchen, aus Eifersucht einen geradezu unvorstellbaren bestialischen Akt von Syndjuzitz.

Die beiden eifersüchtigen Bäuerinnen lauerten dem Mädchen des Nachts auf, warfen es zu Boden, rissen ihm die Kleider vom Leibe und übergoßen es mit heißem Pech. Dann trugen sie die Halbtote in einen Bach, wo die entmenschten Frauen sie ohnmächtig liegen ließen. Erst am andern Morgen fanden Vorübergehende die Mißhandelte, die dann in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus gebracht wurde. Die beiden Frauen sind verhaftet worden. Ob sie jedoch entsprechend der Bestialität ihres Verbrechens bestraft werden, wagen wir in Hinblick auf die härteste Reaktion, die in Steiermark unbegrenzt herrscht, zu bezweifeln.

### Uruguay kommt zur Spartakiade

Mobilisiert die Sammelkampagne

Aus Uruguay erhält das Spartakiadefomitee die Mitteilung, daß sich die Arbeiterpartei Uruguays mit einer Delegation von 20 roten Sportlern, darunter eine Fußballmannschaft, an der Spartakiade in Berlin beteiligen werden. Die Fußballmannschaft umfaßt die besten Fußballspieler des Landes. Die Mannschaft trifft im 1. Juli in Berlin ein und wird vorher noch in England an den Start gehen.

### Seltene Ursache einer Explosion

In einer Apotheke in Nizza verpackte ein Provisor Magnesiumsalz. Dieses Salz hat die Eigenschaft, sich bei Berührung mit Wasser sofort zu entzünden. Mit einer abendlichen Handbewegung wühlte sich der Provisor die Schwelkerlöcher von der Stirn ab und setzte damit das Paket in Brand. Im Nu stand die ganze Apotheke in Flammen. Der Provisor und eine weitere Angehörige wurden schwer verletzt. Erst nach zweistündiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, des Brandes Herr zu werden.

Berliner Raubmörder Reins macht Schule

## Neuer Heberfall auf einen Geldbriefträger

Diesmal Mannheimer Beamter niedergeschlagen, gefesselt und um 3000 Mark beraubt

Aus Mannheim erreicht uns die Meldung, daß dort am Sonnabendvormittag in einer in der Sechenheimer Straße gelegenen Wohnung einen Raubüberfall auf einen Geldbriefträger verübt wurde, der in der ganzen Art seiner Ausführung an den Geldbriefträgermord in Berlin erinnert. Hier wurde der Postbeamte Geride von einem bis zur Stunde noch unbekanntem Täter niedergeschlagen, gefesselt und um 3000 Mark beraubt.

Am Freitagabend erschien in der Wohnung der Witwe Radloff in der Sechenheimer Straße ein junger Mann, der sich ein Zimmer mietete. Einige Stunden später kam er in Begleitung seines angeblichen Bruders, der sich gleichfalls bei dieser Witwe ein Zimmer mietete. Am Sonnabend früh nun ludte einer der beiden Mieter unter irgendeinem Vorwand die Frau Radloff in ein Zimmer. Hier wurde die Ahnungslose von hinten niedergeschlagen und gefesselt.

Gegen 8 1/2 Uhr erschien dann der Geldbriefträger Geride in der Wohnung, der eine Postanweisung über 2.000 Mark an Frau Radloff überbringen wollte. Nun bat einer

der beiden Mieter Geride in die Wohnung zu kommen, da „Seine Mutter“, also Frau Radloff, schwer krank zu Bett liege. Raum hatte der Geldbriefträger die Wohnung betreten, als er mit einem Totschläger von dem zweiten Mieter, der sich bisher verborgen hatte, von hinten niedergeschlagen, dann gefesselt und beraubt wurde. Die Täter sind spurlos entkommen. Stunden später entdeckten Hausnachbarn die gefesselte Frau Radloff. Sie benachrichtigten die Polizei, die dann die bis auf den Tod geängstigte Frau von ihren Fesseln befreite.

### Dampfer „Hugo Stinnes“ gesunken

Die gesamte Mannschaft gerettet

In der Nacht auf Sonnabend ist bei starkem Nebel vor Gjedser der Hamburger Dampfer „Hugo Stinnes V“ nach einem Zusammenstoß mit dem englischen Dampfer „Pacific“ gesunken.

Die Mannschaft konnte rechtzeitig in die Rettungsboote gelangen. Der englische Dampfer bekam ebenfalls ein großes Leck und starke Schlagseite. Der deutsche Dampfer „Gmsstroom“, der sich in unmittelbarer Nähe der Unglücksstelle befand hat die deutsche Mannschaft an Bord genommen.

### Die Zugkatastrophe in Aegypten



Von der furchibaren Eisenbahnkatastrophe in Aegypten, wo kürzlich der Kairo-Express auf der Fahrt in Flammen geriet, sind jetzt die ersten Bilder in Europa eingetroffen. Unsere Aufnahme zeigt einen der völlig verbrannten Waggons, in dem über 40 verkohlte Leichen gefunden wurden.

### Für 1 Million gefälschte Briefmarken

In Lodz wurden jetzt 31 Personen verhaftet, die für insgesamt 1 Million Blöck gefälschte Briefmarken in Umlauf gebracht haben. Der Verkauf der Briefmarken geschah in vier Papierläden. Wie festgestellt wurde, sind die gefälschten Briefmarken in ganz Polen in Umlauf gesetzt worden.

### Er wollte sich selbständig machen

In Antwerpen wurde der Angestellte einer Buchhandlung verhaftet. In seiner Wohnung fand man gefüllte Leere Bücher im Gewicht von etwa 140 Zentner. Bei der Vernehmung gab er zu, daß er bereits Bücher im Werte von über 30 000 Mark verkauft habe. Dann gestand er ein, die Abfälle gehabt zu haben, in Kürze eine eigene Buchhandlung aufzumachen.

### Beim Spiel in die Elbe gestürzt

Zwei Mädchen im Alter von 6 und 8 Jahren, die sich bei Pirna am Elbufer mit ihrem Vater aufhielten, stürzten beim Spielen in die Elbe und wurden von den Fluten fortgerissen. Der Vater, der sie sofort zu retten versuchte, konnte seine Kinder jedoch nicht mehr erreichen. Die beiden Leichen wurden noch nicht geborgen.



# Waldenburger Bergland

Mit der

## Grubenjunze

durchs Waldenburger Land

Am 1. Mai, am 1. Mai, sind die „Dreiwacht“-Redakteure außer Rand und Band. So eine Sympathie unter sechs- bis zehnjährigen Kindern für ihre Panzerpartei hatten sie nicht erwartet. Einige Tage hintereinander mußte das geduldige, unschuldige Papier die armen „Bergwacht“-Leser anlügen. „12 000, mehr als 12 000 marschierten.“

Tafel aber die Straßen heute noch dröhnen von den „12 000“ Proletariatschritten, kann nur einem Alkoholgekränkten Robotergehirn entspringen. Sehen wir uns also die „12 000 Proletarier“ etwas näher an. 3500 Kinder und Frauen, also keine Lohnempfänger, elliche ...

...zig runde Bongen, also Gehaltsempfänger, alle Bongenwärter und alle die, die wegen ihrer Stellung im „Bergwacht“-Betrieb, in Gewerkschaftsbüros, Konsum und Gemeinnden mit sozialdemokratischem Überhaupt gezwungen waren, mitzugehen, ergibt: 1900 plus 3500 gleich 5400 Teilnehmer. Dazu gelogen 6600, gleich 12 000.

Ein Kuriosum ist neben den Lügenredaktionen der amtliche Polizeiberichterstattung. Den „gewöhnlichen“ SPD-Zug zählte er „genau“ mit 6200 Teilnehmern, dagegen den „täglichen“ Zug der Kommunisten „zwischen 1600 bis 1800“. Ich war bisher der Meinung, daß sich ein „täglicher Häuflein“ besser zählen läßt, als ein im Pro- und-ant-der Aufmarsch.

Jedenfalls sollen Erwerbslose beantragt haben, den „Bergwacht“-Redakteur, der „12 000 Proletarier“ gezählt hat, im Arbeitsamt als Unterstützungszähler anzustellen, weil sie hoffen, an jedem Zahltag 21 mal mehr Unterstützung zu erhalten. Ich schliche mich selbstverständlich dem Antrage an.

Die Waldenburger Einwohner sind wieder mal bitter enttäuscht. Da ist der „Genosse“ Schubert Oberbürgermeister geworden. Seine „Genossen“ von der „Dreiwacht“ begrüßen ihn als neuen „Steuer“-mann. Das soll wohl heißen, daß er die Steuern schon hereinholen wird? Das wird ihm jeder noch so brave Bürger zutrauen, und glaubt er's nicht, so wird er's merken. Also einen „Steuer“-mann werden wir niemals begrüßen können.

Gemeindevorsteher „Genosse“ Hertwig von Weichstein darf den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, im Waldenburger Bergland der erste zu sein, der kommunistische Gemeindevorsteher durch die Wende-Polizei aus dem Sitzungssaal schleifen läßt. Wehn er auch unsere Vertreter nicht daran hindern kann, weiter im Interesse aller Werktätigen zu handeln, so wird dieser letzte Mussolini-Witz doch der Sammelmappe des bisherigen Verhaltens einverleibt werden. Daß gerade durch den Vorfall am Dienstag die Kontraktion in seinen Kreisen gewachsen ist, wird die Zukunft beweisen.

Eine ähnliche Stimmung wird der „Bergwacht“-Berichterstattung von Gntschberg unter seinen Genossen und Sympathisierenden schaffen. Eine ungeliebte Kämpferin wie Frau Dr. Kienle mit detartigen Verdächtigungen und Niederigkeiten anzugreifen, darf ebenfalls nicht vergessen und ungezügelt bleiben. Daß im Kampf gegen den Schandparagrafen 218 die Haltung der SPD im Reichstag, wo ihre Abgeordneten gegen den Antrag der Kommunisten, den Paragrafen 218 zu beseitigen, stimmten, angeprangert wird, ist notwendig. Aber Wahrheit tut weh.

Junzenleier, der du noch Abonnent der „Dreiwacht“ bist, wirst du nicht bald deine Konsequenzen ziehen und das Lügenblatt hinauswerfen? Deine Zeitung ist die „Arbeiter-Zeitung“! Ja, so.

### Die „Dreiwacht“ schwindelt

**Hausdorf.** Der „Berichterfasser“ der „Dreiwacht“ scheint schon seit Jahren aus alter Tradition am 1. Mai einen Morgenschoppen oder mehrere genehmigt zu haben. Denn sonst hätte er nicht so einen Schwindel zusammengedreht, wie ihn seine Leser von der Maidandgebung der SPD vorgelesen bekommen.

Daß die revolutionären Arbeiter von Hausdorf ganz still durch die Straßen geschlichen sind, das werden die SPD-Arbeiter, die die trotzkigen Kampflieder der Demonstrationsteilnehmer gehört haben, bestimmt nicht glauben. Und wenn der Schmierzettel schreibt, daß die Demonstration so gehalten war, daß sie die Großagrarien nicht stören sollte, so zeigt das eben, daß unser „lieber Berichterfasser“ wirklich nicht bei Sinnen gewesen ist. Denn wo es keine Großagrarien gibt, kann man nicht gegen sie kämpfen. Oder sind vielleicht die kleinen Bauern mit 50 Morgen Land in den Augen dieses Sozialfaschisten schon Großagrarien?

Die Kommunisten sind die Freunde der Kleinbauern, denn sie wissen, daß das Elend der kleinen Bauern ebenso groß ist, wie das der Proletarier, dank der famosen Politik der Sozialdemokratie. Auch die Arbeiter in unserem Kreise sehen ein, daß nur die kommunistische Partei Deutschlands den wahren Kampf im Interesse der werktätigen Bevölkerung führt. Daran hindert auch nicht der Erguß eines verzweifeltsten Tintentulus von der „Dreiwacht“.

### Achtung!

#### Bergarbeiter von Langwaltersdorf!

Warum ist der Kamerad Kunze aus dem Bergarbeiterverbande ausgeschlossen, werdet ihr fragen? Eure Verbandsfunktionäre werden euch sagen, Kunze ist deshalb ausgeschlossen, weil er andauernd etwas auszusagen hatte. Das ist bekanntlich das schönste Wort der Bongen und Bönzchen, um den Kameraden Kunze bei den Mitgliedern in Mißkredit zu bringen. Desgleichen sehen sie auch schon in dem Kameraden K o h einen neuen Moskowiter, und das ist ein Fingerzeig zum Ausschluß. Nun, Kameraden, der Kamerad Kunze war auch einer von denjenigen, die den schärfsten Kampf gegen den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie geführt haben. Sie sind es, die Hauptschuld an der Verelendung der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft tragen. Wir fordern euch auf, dieser Streikbrecherorganisation den Rücken zu kehren und dem Einheitsverbande beizutreten.

### Schwelanzitz

#### Junger Landarbeiter wegen Tragens eines roten Maiabzeichens auf die Straße geschmissen!

Groß-Merzdorf. Mit welchen Methoden gewisse Nazi-Straußjümler den wachsenden Einfluß der kommunistischen Partei auf dem Lande brechen wollen, das zeigt uns wieder einmal ein Vorfall auf dem Gute Groß-Merzdorf. Dort hatte ein Jung-Landarbeiter, der an der

Rundgebung der SPD nicht teilnehmen konnte, als Zeichen seiner Sympathie mit dem revolutionären Proletariat eine rote Mainette angeheftet. Als dies der Naziunter sah, brüllte er sofort den jungen Arbeiter an, daß er den „roten Fexen“ losmachen solle. Als das der Arbeiter natürlich ablehnte, riß ihm der laubere Diller-Jüngling dieses Abzeichens ab und warf es auf die Erde.

Am Nachmittag kam der Junger wieder zu ihm und erklärte, daß er nach Hause gehen könne, da man ihn nicht mehr brauche. Da dem Arbeiter der Junger nicht maßgebend war, ging er zum Direktor P e i d e und fragte dort, weshalb er entlassen werden sollte. Dort

## Massenprotestkundgebung gegen Gummitnüppeldiktatur

**Weichstein.** Zu bis auf den letzten Platz gefüllten Saale des „Deutschen Hauses“ fand gestern die von der kommunistischen Fraktion anlässlich der Vorgänge bei der Etatberatung angelegte Protestversammlung statt. Wer geglaubt hätte, daß die Herrschaften H e r t w i g u. Co. dort ihre Tat vertreten hätten, sah sich getäuscht. Es ist ja auch viel einfacher und leichter, mit einer Hausrechtsordnung den starken Mussolini zu spielen. Die Stimmung in der Versammlung dürfte dem bürgerlich-sozialdemokratischen „Diktatur“-fristen“ gezeigt haben, daß die klassenbewusste Arbeiterschaft Weichsteins den Sinn der Prokolation von Hertwig begriffen hat.

Genosse R e u m a n n zeigte in seinen Ausführungen die tiefsten Ursachen dieses Konfliktes auf. Eine Partei wie die SPD, die im Reichs- wie im kommunalpolitischen Streben nur darauf bedacht ist, möglichst viel Futterkrüppel zu erfassen, eine solche Partei muß auch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Dienste erweisen. Die Dienste liegen darin, den 5 Millionen Erwerbslosen, den Millionen Kurzarbeitern und den noch im Produktionsprozess Stehenden die Lebensmöglichkeit so tief wie irgend möglich zu drücken. Sie muß ferner dafür sorgen, daß alle sozialpolitischen Einrichtungen, soweit sie noch bestehen, abgebaut werden. Und sie muß nicht zuletzt dafür sorgen, daß der Unterdrückungsapparat (Justiz, Militär, Polizei und Kirche) die nötigen Mittel für die Durchführung des Hungerfeldzuges gegen die Arbeiter erhalten.

Nicht einmal zu dem leinsten Protest raffen sich diese sogenannten „linken“ SPD-Gemeindevorsteher auf, sondern man verteidigt förmlich mit den Bürgerlichen in der Unterdrückung des Hungerfeldzuges. Es war deshalb kein Zufall, daß man bei der Etatberatung der überhaupt wichtigsten Sitzung einer Gemeindevertretung von jeder Fraktion nur e i n e n Vertreter sprechen lassen wollte, und es kann als erwiesen angesehen werden, daß dies als Prokolation gegen unsere Fraktion geplant war. Man wußte genau, daß in unserer Fraktion die Meinung der arbeitenden Bevölkerung Weichsteins zum Ausdruck

kam. Auch Herr Schöffe Scholz wußte das, jedoch dieser Mann, der sich sonst im Schwelgen übt, schloß sich veranlaßt, uns in ebenso gehässiger wie dummen Art in die Linie eines „Hesterbergs“ zu stellen. Ausgerechnet diese Fraktion, der keine Schandtat zu groß ist, die alles schändet, um persönliche Pfanden zu erhalten, ausgerechnet sie mag es, Arbeitervertreter, die alles, und wenn es sein muß, das Leben für ihre Ueberzeugung zu geben, uns mit einem Hesterberg auf eine Stufe zu stellen. Es war deshalb nicht nur verständlich, sondern Pflicht der kommunistischen Fraktion, mit diesen Erdmagogen gehörig abzurechnen. Und dies wird immer geschehen, so lange man es wagt, in einer solchen Art gegen die Vertreter der Weichsteiner Arbeiterschaft vorzugehen. Eine kommunistische Fraktion, die durch den Mund des Schöpfens Gesner erklären läßt, „die Notverordnungen sind ein Glück für die Gemeinden“, eine solche kommunistische Fraktion hat das Recht verweigert, im Namen der Arbeiter zu sprechen. Einmütig war die Versammlung der Meinung, daß unsere Fraktion r i c h t i g gehandelt hat.

Einmütigkeit herrschte auch, daß die Arbeiterschaft alles tun muß, um dem kapitalistischen System und damit auch den sogenannten „Volksvertretungen“ in den Gemeinden, in Ländern und Reich ein Ende bereitet wird, daß dafür gesorgt wird, daß an diese Stelle eine wirkliche Vertretung der arbeitenden Schichten gesetzt wird zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

In diesem Sinne sprachen auch die anderen Kenner der Fraktion und der Partei. Dieser Vorgang in der Gemeindevertretung, daß mit Hilfe einer Hausrechtsordnung mit Polizei-Überfallkommando die Vertreter der Arbeiterschaft an der Ausübung ihres Mandates gehindert werden, trägt dazu bei, auch den letzten Arbeiter davon zu überzeugen, wie notwendig es ist, eine Einheitsfront aller Schaffenden zu bilden.

Nur weiter so, Herr Hertwig u. Co., und ihr werdet die besten Propagandisten für uns sein.

## Niederschlesien

### Baynau

#### Werkspott in der Papierfabrik

Der Betriebsfaschismus in der Papierfabrik treibt immer tollere Blüten. Neben der bestehenden blauen Betriebs-Hundertacht geht man jetzt auch zur Organisation des Werkspotts über. Charakteristisch ist, daß ehemalige Fußballspieler des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ den Aufbau durchführen. Die Leitung des „Vorwärts“ führt lieber den Kampf gegen kommunistisch eingestellte Vereinsmitglieder, um zugleich Zuhälterdienste dem Betriebsfaschismus zu leisten.

Arbeiterpartei, betreibt nur Arbeiterpartei im Sinne des Klassenkampfes! Treibt roten Sport!

### Sagan

#### Gagener Allerlei

Wie wir erfahren, beabsichtigt der Kreisaußschuß, die Biersteuer in den Gemeinden zur Einführung zu bringen. Die Gemeinden und Städte, die im Vorjahre selbstständig zur Einführung der Biersteuer griffen, um dadurch einen anderen Steueranfall oder die erhöhten Wohlfahrtsausgaben wettzumachen und zu bestreiten, wird man eventuell noch vom Kreis auf Grund eines ungedeckten Fehlbetrages von 40 000 Mark zur 50prozentigen Abgabe der bereits eingeführten Biersteuer für das Rechnungsjahr 1931 veranlassen. Die Kreisvergnügungssteuer, die im Vorjahre 4000 Mark einbrachte, soll jetzt für 1931 10 000 Mark einbringen.

Hat man im Vorjahre für soziale Jurispraxie, für Kriegsbeschädigte, den niedrigen Betrag von 4000 Mark als Ausgabe eingesetzt, so will man dieses Jahr für die hilfsbedürftigen Kriegstruppen sogar nur noch 3000 Mark ausgeben. Hier zeigt es sich sehr deutlich, wie die Erfüllung des Versprechens: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß“, in die Tat umgesetzt wird. Für Jugendpflege will man ebenfalls statt 1000 Mark nur 2000 Mark ansetzen.

Was wird mit dem Etat für Wegebau werden? Nun, der Kreis tag wird auf Vorschlag einiger Herren für Unterhaltung der Kreisstraßen nicht 100 000 Mark, sondern nur 55 000 Mark bewilligen, im Durchgangsstrecken nicht 271 000 Mark, sondern nur 219 000 Mark. Wo bleibt hier die Arbeitsbeschaffung im Sommer?

### Lauban

#### Große Sturmshäden bei Lauban

Die Gemitter der letzten Tage, namentlich am Montag, waren mit einem orkanartigen Sturm verbunden, der viele Schäden anrichtete. In Schmeria wurden zahlreiche Dächer beschädigt und viele Bäume umgelegt. Dem Besitzer M i t t e r wurde fast das ganze Wohnhaus, das mit Schiefer gedeckt war, vom Sturm abgedeckt. In Westersdorf wurden Wohnhaus und Stallung des Tischlerischen Rehgutes schwer vom Sturm mitgenommen. Da Einwirkung besteht, mußten die Gebäude gestützt werden. Dem Besitzer ist großer Schaden entstanden. Auch in Goldentrain sind erhebliche Schäden an den Dächern der Wohnung entstanden. Der Sturm riß auf dem Stausee der Goldentrainer Taupferre ein vor Unter r, des Motorboot los und trieb es gegen die Zwermauer, wobei es beschädigt wurde.

## Was geht in der Strafkolonie Neuhoj vor?

### Unerhörte Ausbeutermethoden der Stadtverwaltung

**Liegnitz.** So lange das Gut Neuhoj in der Regie der Stadt Liegnitz ist, vergeht fast kein Tag, wo dort beschäftigte Fürjorgearbeiter wegen „Arbeitsverweigerung“ entlassen werden. Hat man Zeit und Gelegenheit, sich um die Zustände in „Neuhoj zu interessieren, dann weiß man erst, was diese sogenannte „Arbeitsverweigerung“ auf sich hat. In Neuhoj arbeiten jetzt etwa 500 Mann, alles Arbeiter, die ein Jahr und noch länger erwerbslos sind. Von diesen Arbeitern haben 70-80 Prozent noch nie Landarbeit in ihrem Leben gemacht. Trotzdem sie sich ein Jahr und länger mit der nicht zum Leben ausreichenden Wohlfahrtsunterstützung durchhungern mußten, werden sie in Neuhoj aufs Brutalste schikaniert und ausgebeutet. Jedoch will die Stadt Liegnitz dieser Ausbeutung jetzt die Krone aufsetzen, indem sie den bei Hungerlöhnen schuftenden Fürjorgearbeitern ein Tagespensum diktiert will. Die Verwaltung ließ weiterhin erklären, daß sie die Lohnzahlungen auf zwei Tage, auf Dienstag und Freitag, einrichten will. Zu diesen zwei Forderungen der Verwaltung nahm die Belegschaft in einer Betriebsversammlung am 6. Mai Stellung und lehnte sie einstimmig ab. Genosse G e h e r nahm gegen diese geplanten Maßnahmen scharf Stellung und erklärte der Verwaltung, daß genug kaufmännische Angestellte erwerbslos seien; diese solle man einstellen, wenn man nicht fertig werde, um den Lohn am Freitag auszusahlen. Am Freitag, dem 8. Mai, fand wieder eine Betriebsversammlung statt, in der sich die Belegschaft eine Lohnkommission wählte, die den Antrag hat, folgende Forderungen der Belegschaft zu vertreten:

1. 60 Pfennig Mindest-Stundenlohn und Sozialzuschläge.
2. Volle Bezahlung der Sonn- und Feiertage.
3. Freien Sonnabend-Nachmittag.

Am Sonnabend, dem 9. Mai, fand schon wieder eine Belegschaftsversammlung statt. Es wurde zunächst Stellung genommen zur Fensterarbeit, die eine Kolonne unter dem Druck ihres Vorarbeiters namens S e l l, entgegen dem einstimmigen Beschluß der Belegschaft am 6. Mai, aufgenommen hat. Der Betriebsobmann stellte nochmals fest, daß die Fensterarbeit e i n s t i m m i g von der Belegschaft abgelehnt sei. Der anwesende Inspektor Gerhard bestritt dies jedoch. Unter der Begründung, daß die Belegschaft obige Forderungen auf-

recht erhält, lehnte die Belegschaft in einer nochmaligen Abstimmung die Fensterarbeit einstimmig ab.

Nun einiges noch zu den brutalen Maßnahmen, die die Verwaltung gegen die Arbeiter anwendet. Wendet sich ein Fürjorgearbeiter gegen schlechte Behandlung und Ausbeutung von Seiten der Verwaltung und der Vorarbeiter, so kann es passieren, daß er g e s c h l a g e n wird, wie es ja wiederholt schon vorgekommen sein soll, oder er bekommt die sehr bekannte Strafarbeit, oder sogar gleich die Entlassung wegen Arbeitsverweigerung. Die bekannteste Strafarbeit ist, aus überflutenden Tierkadavern und Erde Komposthaufen zu errichten.

Wird nun einem dieser Arbeiter schlecht dabei und er verlangt nun andere Arbeit, so hat die Verwaltung den willkommenen Anlaß, wegen „Arbeitsverweigerung“ die Entlassung risklos vorzunehmen.

Am Sonnabend, nach Feierabend, wurden außer zwei anderen Arbeitern, der Betriebsobmann S t u r m und der Genosse G e h e r freilich wegen angeblichem „eigenen Verschulden“ entlassen. Vor wenigen Tagen war G e h e r noch ein tüchtiger Arbeiter, den man zum Vorarbeiter machte. Als er jedoch die Interessen der Arbeiter wahrte, wurde er abgelehnt und jetzt entlassen. Der Kollege S t u r m ist nicht der erste Betriebsobmann, der freilich entlassen wurde, weil er die Interessen der Belegschaft vertrat. Als G e h e r und S t u r m entlassen wurden, war ein Landjäger anwesend. Als G e h e r ihn fragte, warum er hier wäre, sagte der Landjäger: „Er sei alle Tage anwesend.“ Den Liegnitzer Fürjorgearbeitern und den Erwerbslosen rufen wir zu:

Laßt nicht mehr länger mit euch Schindluder treiben. Zeigt dem Magistrat, dem Verwaltungsausschuß für Gut Neuhoj, dem auch Gemeindefunktionäre und SPD-Stadtvorordnete angehören, und der Verwaltung die Zähne. Schließt eine gemeinsame Kampffront. Organisiert den Streik für eure Forderungen und gegen die brutalen Gewaltmaßnahmen, und kämpft für die Wiedereinstellung der Kollegen S t u r m, G e h e r und der anderen gemäßigten Kollegen. Der Streik aller Fürjorge- und Pflichtarbeiter ist die beste Antwort gegen die brutale Ausbeutung, und auch die beste Antwort gegen den bedauerlichen Unterdrückungsapparat. Streik unter der Führung des ROK!



# SPD. in der Front der Kulturreaktion

Zum Leipziger Parteitag.

„Kampf gegen den Kultur Bolschewismus“ — das ist das Schlagwort, das gegenwärtig durch den ganzen kapitalistischen Blätterwald hallt und auf dessen Boden alle Parteien, von den Nazis bis zur SPD, alle Kirchen, alle Minder- und Weltanschauungen sich zu einer großen „nationalen Einheitsfront“ gegen die werktätigen Massen und ihre revolutionäre Vorhut zusammengeschlossen haben. Wie die Bourgeoisie auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete mit dem Mittel der faschistischen Diktatur ihre Herrschaft vor dem revolutionären Kampf der Massen zu retten versucht, so versucht sie es auch auf kulturpolitischem Gebiet. Der Kultur Bolschewismus feiert seine Triumphe. Und warum? Weil die kapitalistische „Kultur“ heute in ihren Grundfesten erschüttert ist, weil die bisher durchgeführten Methoden der ideologischen Verwirrung und Unterdrückung der werktätigen Massen ihren Dienst versagen.

Die sozialdemokratischen Führer haben sich ihre Sporen im Kampfe gegen den „Kultur Bolschewismus“ schon lange verdient, in jenem Kampfe, der in nichts anderem besteht, als in der Verteidigung der kapitalistischen Barbarei, in der Erhaltung und Vergrößerung des Elends der breiten Massen und in der Sicherung der ideologischen Knechtschaft der werktätigen Massen durch die Bourgeoisie und der in ihrem Dienste stehenden Kirchen. Wie auf ökonomischem und politischem Gebiete, so haben die SPD-Führer auch auf kulturpolitischem Gebiet die Grundzüge des Marxismus längst verraten und für fetter Ministerpräsidenten verkauft. Der programmatische Feststellung August Bebel's, daß sich „Christentum und Sozialismus wie Feuer und Wasser gegenüber stehen“, haben sie durch folgendes Programm erfüllt:

„Wenn die Sozialdemokratie für alle öffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiete der Kultur den Grundgeden der Weltlichkeit aufstellt, so nimmt sie damit nicht Stellung gegen die Religion.“ ... „Man kann ein frommgläubiger Christ, ein strenggläubiger Katholik und doch ein vorzuziehender Sozialdemokrat sein.“

(Aus der offiziellen Programmbroschüre des SPD-Parteivorstandes zum Heidelberger Programm.)

Entsprechend dieser programmatischen Einstellung steht auch die ganze Praxis der SPD. aus. Es war Herr Jürgel, der durch seine Postkarte aus der Ausstellung der 34. zwei Kirchenfenster beschlagnahmten ließ, auf denen George Grosz die Kriegsbegeisterung der Massen gebrandmarkt hatte. Und es war Herr Engel, der die Belange der Massen schützte, als er vor wenigen Monaten die Kulturausstellung der Gottlosen im roten Wedding Berlins kurzerhand verbot.

Der sichtbarste Ausdruck des sozialdemokratischen Kultur Bolschewismus ist jedoch die Unterstützung und Durchführung der Diktaturverordnung der Brüningregierung gegen die werktätigen Massen und die Konfessionspolitik der SPD. in Preußen. Die faschistische Diktaturverordnung vom 28. März wurde nicht nur von der SPD. begeistert begrüßt, sondern von Herrn Severing nach dessen eigenen Geständnis mit vorbereitet. Diese Diktaturverordnung richtet sich gleichermaßen gegen den ökonomischen, politischen und kulturellen Kampf der werktätigen Massen. Unter Paragraph 1 heißt es ausdrücklich, daß alle Versammlungen, Kundgebungen, Ausstellungen, Propagandasfahrten, Zeitungen, Flugblätter und Plakate verboten werden sollen, wenn zu befürchten oder „anzunehmen“ sei, daß „eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebäude oder Gegenstände beschimpft oder hohnvoll verächtlich gemacht werden oder daß in „sonstiger Weise“ die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gefährdet wird.

Besondere Blüten der sozialdemokratischen Kulturreaktion sind das preussische Konkordat mit dem Papste, das von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun abgeschlossen und von der SPD. im Landtag angenommen wurde, sowie das Konkordat mit der evangelischen Kirche, das in diese 14 Tagen zum Leipziger Parteitag noch rechtzeitig fertiggestellt und bereits von der Generalasynode angenommen wurde. Durch diese Konkordate werden den Kirchen ihre mittelalterlichen Rechte garantiert, die öffentliche Erziehung ausgeliefert und der Staatsapparat noch mehr als bisher in den Dienst der Kirchen gestellt. Die Konkordate sind äußerst wichtige Werkzeuge der Kulturreaktion, besonders auch im Kampfe gegen die werktätigen Massen. So wurde auf der Generalasynode der evangelischen Kirchen am 22. April, vor der der Vertrag mit dem preussischen Staate, d. h. den Beauftragten der Sozialdemokratie, ganz offen vom ehemaligen Reichsminister Michaelis erklärt: „Der Vertrag bietet uns einen Rückhalt im Kampfe gegen den Bolschewismus.“

Sind diese Worte nicht genug Beweis dafür, daß die Politik der SPD. eines der wichtigsten Glieder der faschistischen Politik der Bourgeoisie ist? Wie in allen Kämpfen der werktätigen Massen gegen die kapitalistische Barbarei steht auch in dieser Bewegung die sozialdemokratische Führerschaft auf Seiten der Bourgeoisie und der Kirchen. Welche Stellung nimmt z. B. die SPD. Presse zur Volksbewegung gegen den Paragraphen 218 ein? Sie beschimpft die Führer dieser Bewegung, verteidigt offen die Denunzianten, die die Kämpfer gegen den Nordparagrafen den Klauen der Staatsanwaltschaft ausliefern wollen und verleumdet den tapferen Kampf des Genossen Wolf und der Frau Dr. Kienle als „demagogische Märsche“. Doch nicht genug damit. Die SPD-Führer legen sich ganz offen für die Durchführung dieses Nordparagrafen ein. Schrieb doch der Führer der preussischen Landtagsfraktion der SPD., der bekannte 60 000-Markheilmann, in dem Diskussionsorgan des SPD-Parteivorstandes:

„Wir sind Gegner des § 218 in seiner jetzigen Fassung (!) Form, die allerdings nicht so hart ist als wie man im Lande vielfach annimmt, sondern verständigen und gewissenhaften Vertretern einigermaßen freien Spielraum läßt. Aber trotz unserer Gegnerschaft gegen irgendeine Gesetzesbestimmung müssen wir daran festhalten, daß die Gesetze, die bestehen, durchgeführt werden.“

Die Bourgeoisie kann zufrieden sein. So reißt sich eine Schandtat der SPD-Führer an die andere.

Am 31. Mai wird die sozialdemokratische Bürokratie sich auf ihrem Parteitag in Leipzig versammeln, um neue Waffen zum Kampfe gegen die Arbeiterkraft zu schmieden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen schon jetzt, daß dieser Parteitag im Zeichen der Billigung der faschistischen Politik der Wels, Severing und Heilmann stehen wird. Unter der Maske des „Kampfes gegen den Faschismus“, den sie selbst schrittweise den Weg geebnet haben und dessen Politik sie mit der Unterstützung der Brüningregierung, mit der Unterstützung der Unternehmeroffensive auf allen Gebieten und der Unterstützung der Kulturreaktion durchführen, werden die SPD-Führer der Bourgeoisie aufs neue versichern, daß die Interessen und die Verteidigung der kapitalistischen „Kultur“ gegen den „Kultur Bolschewismus“ der werktätigen Massen am besten von ihnen vertreten und durchgeführt werden.

# Hufemann — Urheber des Schandgespruchs

Offen, 9. Mai. Wie das „Mühreth“ mitteilt, ist der von und bereits gewürdigte schändliche Schandgespruch gegen die Ruhrbergarbeiter mit Zustimmung der repräsentativen und der christlichen Gewerkschaftsvertreter in der Schlichtungskammer gefallt worden.

Diese Tatsache kennzeichnet den ungeheuren Verrat der korruptierten Bürokratie des Bergarbeiterverbandes. Sie, die vorgegeben haben, sich gegen alle Verschlechterungen zur Wehr setzen zu wollen, haben tatkräftig an diesen Verschlechterungen mitgewirkt. Es ist noch gar nicht lange her, wo die Hufemanns angebliche „Forderungen“ veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hatten:

Erhöhung des Mindestlohnes der Bergarbeiter um 15%. Einführung der 6 1/2-Stundenfrist unter Tage und Erhöhung des Urlaubs.

Als diese Forderungen bekannt wurden, wurde sofort festgestellt, daß sie nur dazu da sind, den Bergarbeitern Sand in die Augen zu streuen. Hinter dem Rücken der Kumpels aber luh-

handeln die Bürokraten eifrig mit den Unternehmern. Der Erfolg dieses Schandgespruchs ist nunmehr da. Die Bergarbeiter haben sich völlig den Forderungen der Unternehmer unterworfen. Sie werden selbstverständlich auch alles tun, um jeden Kampf der Bergarbeiter gegen den schändlichen Schandgespruch zu hintertreiben. Sie werden, wie sie es in vielen anderen Fällen getan haben, vor keinem Mittel, selbst vor dem des Streikbruchs, zurückschrecken, um die Wünsche der Unternehmer durchzuführen.

Trotz dieses ungeheuerlichen Verrats organisieren die Ruhrkumpels unter Führung des Roten Bergarbeiterverbandes und der KPD. den Streik. Sie werden nicht dulden, daß ihnen auch nur ein Pfennig ihres ohnehin schon niedrigen Lohnes gekürzt wird. Sie werden auch nicht warten, bis die von Unternehmern und Reformisten diktierten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zur Tatsache werden.

Aber die gesamte Arbeiterschaft hat die Verpflichtung, diesen Kampf der Bergarbeiter an der Ruhr mit aller Kraft zu unterstützen. Die beste Solidarität ist die Organisation und praktische Vorbereitung des eigenen Kampfes.

## Der Terror gegen die KPD.-Presse!

# „Klassenkampf“ und „Volksmacht“ verboten

Halle, 9. Mai. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat auf Grund der Notverordnung den „Klassenkampf“, unser Bruderorgan für Halle-Merseburg, auf 14 Tage, bis zum 21. Mai einschüchlichend verboten. Das Verbot hängt sich genau so wie bei dem Verbot der „Roten Fahne“ auf den Artikel „Zwei Jahre KPD-Verbot“.

Stettin, 9. Mai. Auch die „Volksmacht“, das kommunistische Organ für die Provinz Pommern, wurde vom Oberpräsidenten in Stettin auf die Dauer von 14 Tagen, bis zum 22. Mai, verboten. Auch hier ist die Verbotsbegründung die gleiche wie bei allen anderen.

# Unterzeichnung des Luther-Konkordats

Nach Verhandlungen von fast zwei Jahren wird heute der Staatsvertrag Preußens mit den acht evangelischen Landeskirchen unterzeichnet. Das „Volk“, die Volksvertretung sind völlig ausgeschlossen.

Nach am Freitag machte die kommunistische Fraktion im Landtag den letzten Versuch, den Abbruch der Verhandlungen und die sofortige Veröffentlichung dieses hinter verschlossenen Türen zusammengebrachten Luther-Konkordats zu erzwingen. Ausgerechnet der Sozialdemokrat Heilmann — bewährter Einseitiger seiner Fraktion beim katholischen Konkordat 1929 — erhob Einspruch gegen die Behandlung des entsprechenden Antrags.

Dieser unbefristete Pakt zwischen der preussischen Koalitionsregierung — Unterzeichner sind für die Regierung die Sozialdemokraten Braun und Grimme — ist ein wichtiges Kettenglied in dem Bündnis zwischen der kapitalistischen Republik und der Kirche zum Kampf gegen den „Kultur Bolschewismus“.

Es handelt sich um eine gewaltige finanzielle und rechtliche Untermauerung des Gebäudes der evangelischen Kirchenmacht, und das auf Kosten der ausgebeuteten Massen, die in Vergangenheit und Gegenwart stets diese Macht als Feind ihrer geistigen und wirtschaftlich-politischen Befreiung, als Verteidiger der kapitalistischen Ordnung und als wütendsten Kriegsgegner gegen die Sowjetunion kennengelernt haben.

Während zur Unterdrückung der proletarischen Freireder, der KPD-Organisationen und der proletarischen Kulturpropaganda alle Mittel der Staatsgewalt eingesetzt werden, wird der Staat die Kirchenpropaganda unter seinem ausdrücklichen Schutz stellen.

Die Kassen der Kirche sollen durch Erhöhung der Liebesgaben, die der Staat in Form von „Dotationen“ zahlt, um Millionen aufgefüllt werden. — Das wagt man den Massen in dieser Zeit des organisierten Lohn- und Unterdrückungsraubs zu bieten! Die Höhe der Summen hat man bis heute sorgfältig geheimgehalten. Vor allem: diese Dotationen werden der Kirche auf „ewige Zeit“ durch die demokratische Republik garantiert. Das ist der wichtigste Zweck des Vertrages.

Von ungeheurer Tragweite ist vor allem auch die Bestimmung, daß sämtliche kirchlichen Gebäude, Dienstwohnungen

usw., deren Nutzung die Kirche hat, dieser für „ewige Zeit“ garantiert werden. Vergeblich haben die Kommunisten beim katholischen Konkordat Zahlen über die Werte gefordert, die dort durch entsprechende Bestimmungen der Papstkirche garantiert werden.

Ein besonderes Geschenk erhält die Kirche der sogenannten altpreussischen Union. Die Pfarrstellen, deren Patron der Fiskus ist, sollen in Zukunft nicht mehr vom Staate besetzt werden, sondern von der Kirchenbehörde.

Wenn weiterhin der Staat sich vorbehält, die finanzielle Geschäftsführung der von ihm mit Steuerprivilegien, Dotationen und rund 45 Millionen etatsmäßiger Zuschüsse ausgehaltenen Kirche zu kontrollieren, ferner die kirchlichen Oberhäupter (Oberster Kirchenrat, Generalsuperintendenten usw.) auf ihre politische Zuverlässigkeit zu begutachten, wenn umgekehrt der Staat sich verpflichten muß, die evangelischen Fakultäten an den preussischen Universitäten auf „ewige Zeit“ bestehen zu lassen — ihre Befestigung ist eine alte sozialistische Forderung — und als Professoren für evangelische Theologie nur der Kirche genehme Leute zu bestellen, so dient das alles der festen Verknüpfung von Kirche und Staat in der Periode des Faschismus.

So schiebt auch dieses Konkordat der Trennung von Kirche und Staat einen neuen Niegel vor, er schärft den Kirchenlasten neue Mittel zu, garantiert den kirchlichen Besitzstand auf „ewige Zeiten“. So verraten die Kirchensozialisten erneut das alte sozialdemokratische Programm.

Während Scheinbar der Kampf tobt zwischen dem „marxistischen“, dem „roten“ Preußen und den Rechtsparteien, in denen die evangelische Kirche ihre parlamentarische Vertretung sieht, stellt dies Lutherkonkordat eine Brücke her von den deutsch-nationalen bis zu den Sozialdemokraten und ihrem evangelischen Kultusminister. Sie alle stützen sich gegenseitig im Kampfe gegen das Proletariat.

Für die breiten Massen kann es nur eines geben: Kampf diesem und allen Kirchenverträgen bis zu jenem Tage, an dem, wie in der Sowjetunion alle diese Schandpakte zerrissen werden.

Und ihr, Arbeiterinnen und Arbeiter in der SPD! Wollt ihr diesen Weg der Verteidigung der kapitalistischen Barbarei, die euch genau so zugrunde richtet wie eure kommunistischen Klassengenossen, noch weiter mitgehen? Wollt ihr eure eigenen Feinde und Unterdrücker im Kampfe gegen euch selbst unterstützen?

Sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen, antwortet auf die faschistische Politik eurer Führer mit der Schaffung der Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern zum Kampfe gegen Kapitalismus und Faschismus, mit dem Kampfe gegen die kapitalistische Barbarei und für den sozialistischen Ausstieg!

## Panzertreuzer „Deutschland“

Berlin, 9. Mai (Eig. Bericht). Der Hermann-Waller-Panzertreuzer, der am 19. Mai vom Stapel läuft, wird vom Reichspräsidenten auf den Namen „Deutschland“ getauft werden. Es wird in der Presse darauf hingewiesen, daß die Panzertreuzerlinie insbesondere der Erhaltung des militärischen Schutzes der gefährdeten Ostmark in der Ostsee dienen sollen. Da das alte Flottenflaggschiff der kaiserlichen Marine gleichfalls „Deutschland“ hieß, so wird die gleiche Benennung des Panzertreuzers als symbolisch für den Aufbau der neuen deutschen Flotte bezeichnet.

## Zusammenbruch der Einheitsfront

Ludwigshafen, 9. Mai. Sofort nach der Verhaftung des kommunistischen Provinziallandtagsabgeordneten Dienstbach in der berüchtigten Werkspionageaffäre bekannte die gesamte bürgerliche und sozialfaschistische Presse aus, daß Dienstbach ein volles „Geständnis“ über seine „Spionagetätigkeit zugunsten der Sowjetunion“ abgelegt hätte. Wir haben dies bereits damals mit vollem Recht bezweifelt. Nunmehr, nach vielen Wochen, wird bekannt, daß die Meldung von dem angeblichen Geständnis nicht

kommen erlogen ist. Selbst der bürgerliche Ludwigshafener „Generalanzeiger“ muß mitteilen, daß ein solches Geständnis niemals existiert habe.

## 3,5 Millionen für Kurkonzertsaal

In einer Zeit, in der die Regierung Braun-Severing-Höptler-Kühschiff den Gemeinden rigorossten Abbaus aller sozialen und kulturellen Ausgaben diktiert und der Staat selbst „kein Geld“ hat, auch nur die allerdingendsten Ausgaben für Krankenanstalten und für Pflege der unterernährten Massen von Arbeiterkindern zu machen, wurden

für den Bau eines pompösen Konzertsaals in Bad Pyrmont 3 250 000 Mark ohne Befragung des Landtags verschwendet.

Diese Vergeudung von Millionen aus den breiten Massen herausgepreßter Steuergelder kann nicht damit entschuldigt werden, daß etwa in Bad Pyrmont, einer kleinen Stadt, Baulichkeiten errichtet werden sollten, die dem Andrang von Heilung suchenden Kranken der werktätigen Bevölkerung dienen sollten. Diese Verschwendung zum Steuergeldern erfolgte, um der Bourgeoisie Gelegenheit zum Amüsement zu bieten. In Bad Pyrmont hatten die rheinisch-westfälischen Industriellen ihre Kongresse und die bourgeoisen Sängervereine ihre Kongresse und Sängertage ab. Also allein, um dem Amüsierbedürfnis der Bourgeoisie zu dienen, wurde von der Regierung Braun-Severing-Höptler-Kühschiff dieser pompöse Konzertsaal gebaut.

Gegen die jetzt nachträglich geforderte Bewilligung der Millionen im Landtag erhob die kommunistische Fraktion härtesten Protest. Sie wies darauf hin, daß es notwendig gewesen wäre, daß angesichts der steigenden Krankenziffern und der Verelendung der breiten Massen notwendig gewesen wäre, in Bad Pyrmont Erholungsstätten für die arbeitende Bevölkerung zu schaffen. Die Sozialdemokraten funktionierten trotz des Protestes der Kommunisten in Einheitsfront mit allen bürgerlichen diese Millionenverschwendung.



# stoßbrigadiers an der Spitze des Moskauer Maiaufmarsches



In der vordersten Reihe der 1. Mai-Demonstration in Moskau gingen die heftigsten sozialistischen Arbeiter, die besten Stoßbrigadiers des Moskauer Elektrizitätswerkes, das seinen Fünfjahrplan in zweieinhalb Jahren erfüllt hat.



Bewaffnete Betriebsarbeiter sammeln sich vor ihrer Fabrik zur Maidemonstration. Die Waffe zur Verteidigung des Sozialismus zu tragen, ist eine Ehre und nur das Recht des Proletariats.



Jugendgruppe eines Moskauer Textilbetriebes übt zur Maidemonstration das Lied vom Roten Wedding ein, das zuerst durch deutsche Arbeiter-Delegierte in der UdSSR bekannt wurde und sich schnell große Popularität errang.

## Spanischer „Potemkin“!

**Hungerunruhen der Matrosen — Ganze Besatzung verhaftet — Landproleten besetzen die Güter**

Madrid, 9. Mai (Eig. Bericht). In Cartagena und Ferrol ist es zu Meutereien der Matrosen gekommen. Die Besatzung des spanischen Kreuzers „Jaime I“ verweigerte den Gehorsam, ging in Ferrol an Land und beschwerte sich im Rathaus über die schlechte Verpflegung, sowie die Drangsalierung durch den ersten Offizier. An Bord zurückgekehrt, sind alle Matrosen verhaftet worden. In Cartagena demonstrierten Arsenalmannschaften aus Protest gegen die schändliche Behandlung durch ihre Offiziere in der Stadt.

Wie stark die sozialrevolutionäre Gärung auch auf dem spanischen Lande ist, dessen proletarische und halbproletarische Bewohner über die Konserierung der feudalen Verhältnisse durch die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung erbittert sind, geht aus einem Bericht der „Bolschewistischen Zeitung“ hervor, in dem es heißt:

„... Dagegen betont die radikale Einstellung eines großen Teiles der Bauerbevölkerung eine gewisse Gefahr. Einige von ihren Besitzern und Verwaltern verlassene Güter wurden von den Landarbeitern in Besitz genommen. Viele von ihnen haben in ihrem simplen (!) Verstand eine merkwürdige Vorstellung von einer Republik und glauben tatsächlich, daß ihnen ein Recht auf den Grund und Boden zustehe, auf dem sie bisher als Tagelöhner dienten. Ihnen war bisher die Haltung der republikanischen Behörden viel zu zahn...“

So sehr wir die Entrüstung des Intelligenzblattes der deutschen Bourgeoisie verstehen, so sehr hoffen und glauben wir, daß der „simple Verstand“ des spanischen Landproletariats über jene gelehrten Professoren und Journalisten siegen wird, die heute

namens der Finanzoligarchie die alte Gesellschaftsordnung in Spanien mit Terror, Blut und Eisen gegen die Werttätigen verteidigen.

## Amerikanische Weizenreordernte

Washington, 9. Mai. Nach Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums werden die Vereinigten Staaten mit ungefähr 653 Millionen Bushels Winterweizen gegenüber 604 Millionen Bushels im Jahre 1930 eine Reordernte zu verzeichnen haben, die mit 104 Millionen Bushels über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre liegt. Aber in Amerik' ebenso wie in Deutschland haben viele Millionen Arbeitslose und ihre Angehörigen nicht genug Brot zu essen. Kapitalistischer Wahnsinn!

## Französische Kammer gegen Zollunion

Paris, 9. Mai (Eig. Bericht). Die außenpolitische Debatte in der französischen Kammer endete heute morgen mit der Annahme einer Resolution, die sich gegen die deutsch-österreichische Zollunion wendete. — Die bürgerliche deutsche Presse hebt hervor, daß Briand nicht mit der erwarteten Schärfe gesprochen habe und glaubt daraus schließen zu können, daß der Angriff gegen die deutsch-österreichische Zollunion auf der kommenden Genfer Tagung nicht bis zum äußersten geführt werde.

## 15 indische Revolutionäre zum Tode verurteilt

**Der Aufstand in Birma dauert an — Bauernrevolten unter A.P.-Führung**

London, 9. Mai (Eig. Bericht). Der Sondergerichtshof von Bhamon hat in dem Prozeß gegen die Aufständischen im Bezirk von Tharawaddy 15 Angeklagte zum Tode und 56 zu lebenslänglicher Deportation verurteilt. 24 Angeklagte wurden freigesprochen.

London, 9. Mai. (Eig. Ber.) Nach den neuesten bestimmten Nachrichten hält die Aufstandsbewegung in Birma an. A. P. U. ein europäischer Polizeioffizier, der mit seiner Truppe die Rebellen in dem Distrikt Brome verfolgte, wurde getötet. Mit Ausnahme von drei Teilnehmern an dieser Strafexpedition werden alle anderen verurteilt und man nimmt an, daß sie auch getötet wurden.

London, 9. Mai (Eig. Bericht). Während es Ghandi bis zu einem gewissen Grad gelungen ist, die Bauern des Bezirks Gujaraat zur Steuerzahlung zu überreden, fährt die Bauernrevolte in anderen Gegenden fort, sich unter der Führung der kommunistischen Partei und der Partei der Arbeiter und Bauern zu entwickeln. Diese Revolte hat schon wieder einen solchen Grad erreicht, daß auch der Korrespondent der „Times“ aus Simla mitteilt, daß eine

neue Belebung der kommunistischen Agitation in Punjab und in den vereinigten Provinzen festzustellen ist...

## Mussolini militarisiert 70jährige Frauen für faschistische Kriegsabenteuer

Rom, 10. Mai (Telunion). Der italienischen Kammer wurde am Freitag der Gesetzesentwurf über die sogenannte Kriegsdisziplin vorgelegt, der die Zivilmobilmachung der Nation im Kriegsfall betrifft. Das Gesetz ist von der Obersten Landesverteidigungskommission und vom Ministerrat bereits angenommen worden. Das Gesetz macht es allen Vereinen und Verbänden und nicht militärpflichtigen

Bürgern von 16 bis 70 Jahren, einschließlich Frauen und Minderjährigen zur Pflicht, zur „Verteidigung der Nation“ beizutragen.

Verjöße gegen die Kriegsdisziplin werden mit schweren Strafen geahndet.

## 12 Millionen kollektiviert!

Nach Mitteilung der „Pravda“ vom 5. Mai ist die Zahl der kollektivierten Wirtschaften auf 12 045 100, gleich 48,6 Prozent aller Wirtschaften gestiegen. Dieser Erfolg wirkt sich auf allen Gebieten der Landwirtschaft aus. In Kontrakten zur Frühjahrbestellung sind bereits 56 Millionen Hektar, gleich 96,1 Prozent des Planes, vereinigt. Bei der Zuckerausfaat beträgt die Kontraktierung 99,3 Prozent, bei Baumwolle 92,8 Prozent des vorerwahnten Planes.

## Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Maltagen 1929

Von Klaus Neukrantz

Copyright Internationaler Arbeiterverlag

6. Fortsetzung

„Otto...“, schrie sie schon in der Tür, ... in der Badstraße überfallen die Nazis... drei von uns!“ Die Gesichter unter den Schirmmützen flogen herum.

„Los raus!“

Solche Alarmierungen kamen in letzter Zeit häufig vor. Unschuldig handelte es sich um ein planmäßiges Vorgehen der Nationalsozialisten, die veruchten, mit Ueberfällen auf einzelne Arbeiter in dem roten Wedding festen Fuß zu fassen.

★

In dem verlassensten Raum ging der schwarze Willi mit schlurfenden Schritten nach hinten und öffnete das Fenster.

„Qualmen tun sie wie die Peitz“, brummte er vor sich hin, und schüttelte die Aschenbecher zusammen. Dann rückte er noch ein paar Stühle zurecht und verschwand wieder hinter der Theke. — Vorn saßen einige ältere Arbeiter, darunter der alte Hübner, der noch mit 68 Jahren aktiver Funktionär in der Parteizelle war. Auf dem dünnen schneeweißen Haar trug er eine blaue, saubere Schirmmütze. Wie oft bei alten Leuten, wurde die von unzähligen feinen Runzeln durchzogene Haut in seinem Gesicht von Tag zu Tag weicher und durchsichtiger. Vielleicht kam es auch davon, daß er immer weniger aß. Sein Junge, bei dem er wohnte, war seit einem Jahr arbeitslos. Der Alte schob das meiste den vier kleineren Wärmern seines Sohnes zu. Kinder werden schwerer mit dem Hunger fertig als alte Leute. Er legte seine dünnen knöchernen Hände mit den knotigen blauen Adern auf die Stockröhre und sah zu dem Wirt herüber.

„Willi...“, wat meinst du den dazu...?“, fragte er. Er hatte eine langsame, etwas brüchige Stimme. Der schwarze Willi nickte mit einem Lappen über den Labentisch. Er wartete noch ein wenig. Bei Vater Hübner wußte man nie genau, ob noch etwas hinterher kam.

„Ja... Vater Hübner...“, antwortete er schließlich, ... is schwer zu sagen — bloß id denke mir, wenn et am nächsten Mittwoch Blut gibt... denn werden det wohl die Herren da oben so gewollt haben... sonst würden se et ja am Ende mit det Verbot nich so gemacht haben!“

Der Alte schüttelte leise den Kopf. „Nee... nee, Willi... id gloob es noch nich! So alt wie id heute bin, habe id jeden 1. Mai gefeiert und bin seit 40 Jahren, solange wie id organisiert bin, uff de Straße gegangen. — Willi... id weck et noch, als wir 1890 zum ersten Mal am 1. Mai mit rotem Schlops und de Kette in' Knopploch hier in Berlin demonstriert haben. Draußen an' Landsberger Tor. Da hab'n se vor Schred gleich den „Verband Berliner Metallindustrieller“ gegründet gegen die Maidemonstration... Der hat der Polizei nachher 3000 Mark vor „geleitete Dienste“ gegeben, weil se so schön blank gezogen haben gegen uns. — hat aber nich geholfen...“

Einem Augenblick schwebte er, als wenn er angejrenzt über etwas nachdachte. „Willi... ob se... nach'en Mittwoch den Polizeipräsidenten von Berlin... noch Geld dafür geben werden?“

Und plötzlich spuckte Vater Hübner — was er sonst nie tun würde — er spuckte mitten in die Stube. Seine mageren zitternden Finger preßten sich um den Stockgriff, daß die gichtigen Gelenke weiß wurden. Ja aber nich... Willi... id bleibe nich zu Hause“, stieß er mit vollkommen veränderter, erregter Stimme hervor. — Dann erhob er sich schwerfällig, warf zwei Groschen auf den Tisch, schob ein wenig an der Mütze, und ging humpelnd und wortlos aus dem Lokal. —

„Dunnerlütchen —!“ Der Alte war ja auf einmal mächtig hoch. Der schwarze Willi sah ihm ganz verblüfft nach. So hatte er den Alten noch nie gesehen. Vater Hübner hatte sich erst 1921 nach der blutigen Niederschlagung des mitteldeutschen Aufstandes entschlossen, aus der SPD. auszutreten und sich in der kommunistischen Partei zu organisieren. Schließlich war es keine Kleinigkeit, wenn man 30 Jahre einer Partei angehört hatte, die heute den Mann stellt, der den 1. Mai mit Polizeigewalt verbieten will...!

Während schmiß er den Tischlappen unter den Tisch. „Schweinebände, verfluchte...“, knurrte er und ging schlurfend nach hinten, um den kleinen Saal für die Sitzung zurecht zu machen.

V.

## Die 145. Straßenzelle

8 Uhr. Allmählich kam einer nach dem anderen durch die Tür, und ging nach hinten in den kleinen Saal. Es waren fast alles ältere Arbeiter und Frauen, in schlechter, abgetragener Kleidung. Alle kannten und begrüßten sich mit einem gutmütigen Scherzwort, fragten nach diesem und jenen, nach der Arbeitsstelle, nach dem kranken Kind, nach dem Verlauf der Exmision von heute vormittag usw. Jeder wußte hier Bescheid über die Sorgen der anderen. —

Die Tür ging wieder auf. „Rot Front!“ Hermann kam mit einem Stoß Flugblätter unter dem Arm herein.

„Na —, Hermann...“, wat gib't's Neues...?“

Seit Tagen hörte er diese Frage, die nicht so gewohnheitsmäßig hingehört wurde. — Es lag zuviel in diesen Tagen in der Luft! Auf den Arbeitsnachweisen, in den Betrieben, auf den Straßen, in der Stadtbahn, in den Einkaufsläden, überall wurden unkontrollierbare Gerüchte ausgebreitet. Provokateure? — Freunde? — Feinde? —, wer soll das immer wissen! Reichswehr soll Mittwoch eingeseht werden... der Polizeipräsident hat einen besonderen Schießerlaß herausgegeben... das Verbot wird bis zum 1. Mai bestimmt aufgehoben... Reichsbanner und Stahlhelm sind in Polizeiuniform gekleidet worden usw... Die bürgerlichen Zeitungen, „Tempo“, „Nachtausgabe“, der „Vorwärts“ bombardierten Berlin mit Heßüberschriften. Was ist Wahrheit — was gelogen?!

Hermann legte seine Flugblätter ruhig auf den Tisch. „Gehoffen —, nicht so nervös werden! — Viel Neues gib't's. Da's Allerneueste ist, daß Brotat seinen Verkehrsarbeitern verboten hat den 1. Mai zu feiern!“

„Wa...?“

„Det is nich wahr!“

„Na, wenn es der Abends„Vorwärts“ selbst schreibt, wird et ja woll stimmen“, antwortete Hermann trocken.

„Dieser Lump... pui Deibel... und der will bei uns an'n Wedding Bürgermeister werden...?“

(Fortsetzung folgt)



Olympiade oder Spartakiade?

Nur noch ein paar Wochen trennen uns vom Kampftag der roten Sportler, der Spartakiade. Fast zu gleicher Zeit haben aber auch die reformistischen Sportorganisationen, welche in der Eugener Sportinternationale zusammengeschlossen sind, eine größere Zusammenkunft, und zwar in Wien, die Olympiade. Zwei internationale Tagungen, und doch sind es zwei Welten, welche sich hier gegenüberstehen. Auf der einen Seite die I.S.P. (rote Sportinternationale), welche die Traditionen der Arbeiterbewegung vertritt, und die Sportorganisation als Massenkampforgan ansieht. Auf der anderen Seite eine vom Staate erhaltene und mit dem Staat vermachene Jückerfamilie, die aber leider immer noch große Teile der Arbeiterklasse in ihrem Schlepptau haben.

Als Beweis bringen wir einige Stellen aus einem Artikel „Arbeitslosigkeit und Wien“, welcher in der freien Sportwoche Nr. 10 erschienen ist. Dort steht folgendes:

Die in der Zentralkommission vereinigten Verbände neigten in einer Sitzung im Herbst 1930 der Auffassung zu, daß es angesichts der tiefen Arbeitslosigkeit empfehlenswert sei, die Olympiade in Wien zu verlegen. Im Verlauf der Verhandlungen mit dem Internationalen Büro und der Wiener Olympiadeleitung ergab sich, daß eine Verlegung nicht mehr möglich sei. Die Ausschüsse seien gebildet, Verbindungen mit den Behörden waren angeknüpft, die Bauten würden gefördert, und die Presse hätte schon mit der Propaganda ein. Kurz und gut, es war an eine Verlegung nicht mehr zu denken, ohne sehr nachträgliche Folgen. Dafür haben wir auch Verständnis, trotzdem wir noch nicht glauben, daß eine Ankurbelung der Wirtschaft und Produktion und eine Minderung der derzeit 5 Millionen betragenden Arbeitslosigkeit erfolgen wird. Die I.S.P. Organisationen werden darum nicht in der gewohnten Stärke antreten, nicht wie in Frankfurt am Main 1925 mit 60.000 Mann, oder wie unter Bund allein in Nürnberg mit 70.000 Teilnehmern. Das ist gewiß schmerzhaft. Aber zur Teilnahme gehört Geld, und das wird mancher nicht aufbringen können, denn außer der Fahrt müssen noch 4,20 Mark Reisebeitrag und außerdem noch je Tag wenigstens 3 Mark aufgebracht werden.

Als, trotz staatlicher Unterstützung und Propaganda und auch sonst in jeder Beziehung, „Gnasse, merkst du etwas? Unterstützt man dich als Proleten auch so? Nun, man fürchtet eine Pleite. Es kommt aber noch besser. Heute sind doch in den meisten Vereinen fast 90 Prozent arbeitslos, und wie stellt man sich diesen gegenüber ein? Man schreibt nämlich dann weiter:

Die Arbeitslosigkeit ist allgemein, auf dem Lande durch Stilllegung von Betrieben noch größer als in den Großstädten. Und die Unterstützungslage ist bedeutend geringer als in den Großstädten. Wäre es solidarisch gedacht und gehandelt, wenn Wanderer und Fahrer nach Wien unsere in noch ungünstiger Lage sich befindlichen Genossen und Genossinnen unterstützend in Anspruch nehmen? Das geht für Wien nicht an. Wer also als Arbeitsloser nach Wien will, muß über die notwendigen Mittel verfügen. (Pro Tag 5 Mark.) Daß Wien sich auf eine zuwandernde Schaar besonders einrichten kann, ist heutzutage ausgeschlossen.

Wir machen den Vorschlag, die nächste Olympiade im Hotel Vier Jahreszeiten zu feiern, denn dann ist man wenigstens ganz unter sich, und man braucht dann auch keine Arbeitslosen zu fürchten. Wir haben von den Herrschaften nichts anderes erwartet; aber was sagt ihr dazu, ihr 90 Prozent der Vereine, die ihr die große Mehrheit selbst, aber nicht mehr das Vergütungsrecht, im Produktionsprozess zu stehen? Ihr seid es doch immer noch, die ihr mit Propaganda macht, damit die Herrschaften sich ein Stellchlein geben können. Euer Platz kann nur sein in der roten Front, im Kampf gegen das heutige System. Nicht Olympiade in Wien, nein, jeder Arbeitslose und jeder arbeitende Sportler rüftet zur Spartakiade im roten Berlin, und nur, Genossen, an die Arbeit, zeigen wir, daß wir mit der gesamten Arbeiterklasse verbunden sind. Zur Propagandierung findet am Freitag, dem 15. Mai, eine Saalportveranstaltung im Bergkeller statt, unter der Parole: Im Zeichen der Spartakiade. Eintritt: Erwerblose 20 Pfennig, Arbeitende 40 Pfennig. Zeigt durch euren Massenbesuch, daß die Spartakiade nicht nur ein Kampftag der roten Sportler, sondern der gesamten Arbeiterklasse ist. Also nochmals die Parole am kommenden Freitag: In den Bergkeller.

Programm für die Spartakiade

Die technisch-methodische Arbeit und ihre Bedeutung

Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über das technische Programm für die Spartakiade der I.S.P. hat es auf der Konferenz des internationalen Spartakiadekomitees nicht gegeben. Prinzipiell wurde festgelegt, daß der sportliche Rahmen für die Spartakiade so weit als irgend möglich zu halten sei, um die Basis für eine wirkliche Massenbeteiligung zu geben und damit die tatsächliche Größe des roten Sports, die Stärke der I.S.P. auch in sporttechnischer Beziehung vor der breitesten Öffentlichkeit zu demonstrieren.

Da nun die verschiedenen Sportarten nicht in allen Ländern in gleichem Maße gepflegt werden, ist sogar in einem Lande eine Sportart unbekannt ist, die sich in einer anderen Sektion der größten Beliebtheit erfreut, wurde dann auch der Beschluß gefaßt, derartige „nationale“ Spiele als Demonstrationen (Sonderführungen) auf der Spartakiade zu zeigen. So wird z. B. England mit zwei Fußballmannschaften aufzutreten, und Frankreich wird zwei Rugbymannschaften entsenden, und so ähnlich werden natürlich auch die übrigen Sektionen in Aktion treten. Das bedeutet selbstverständlich, allen für ihren technischen Betrieb Anregung zu geben, und in Deutschland ist zu verzeichnen, daß auf die Initiative der französischen Genossen sich bereits eine größere Anzahl von Interessenten für den Rugby-Sport gefunden hat.

So wird also das technische Programm der Spartakiade eines der stärksten Mittel werden zur Verbreiterung des Einflusses der Arbeitersportbewegung.

Mit der Durchführung der Spartakiade in Berlin taucht auch die Frage der Durchführung internationaler Sportfeste nach der Spartakiade auf. Sportveranstaltungen sind aus Werbemitteln, internationale Veranstaltungen noch besser. Aus diesem Grunde muß es für uns eine Selbstverständlichkeit sein, die einmal in Berlin wirkenden Mannschaften der verschiedenen Sektionen auf ihrem Rückweg an möglichst vielen internationalen Sportfesten teilnehmen zu lassen. Das würde die propagandistische Wirkung der Spartakiade in Berlin wesentlich erhöhen.

Während also in diesen Fragen auf der Tagung des internationalen Spartakiadekomitees keinerlei Differenzen bestanden, stellten sich doch Schwierigkeiten in bezug auf die Durchführung des technischen Programms heraus.

Die Notwendigkeit einer solchen Rücksichtnahme zeigt sich sehr deutlich, um ein Beispiel zu nennen, bei der Ausschreibung zu den leichtathletischen Wettkämpfen, wo die deutschen Genossen, von ihrem technischen Niveau aus urteilend, für die B-Klasse Pflichtleistungen festlegten, die in der Tschechoslowakei und Frankreich Durchschnitts-, wenn nicht gar Spitzenleistungen sind. Eine kurze Aussprache führte hier natürlich sehr schnell zu einer Einigung, so daß also jetzt Pflichtleistungen in der B-Klasse überhaupt nicht mehr gefordert werden. Im anderen Fall hätten wir die Beteiligung dieser beiden Sektionen sicherlich verhindert.

Wahrscheinlich kann also gesagt werden, daß die Verhandlungen des internationalen Spartakiadekomitees Klarheit über die verschiedensten Fragen geschaffen haben, bei gleichzeitiger Betonung der Notwendigkeit enger Zusammenarbeit auf dem Gebiete der technisch-methodischen Arbeit. Wehrsportliche Betätigung, das ist einmal die Frage politischer Erziehung und zum anderen die stärkste Förderung solcher Sportarten, die für den proletarischen Klassenkampf von größter Bedeutung sind. Die sporttechnische Arbeit für die Spartakiade und ihre Vorbereitung ist ein wichtiger Faktor zur Lösung der mit der Spartakiade gestellten Aufgaben. Das unterstreichen die Abfälle aus der Resolution des Spartakiadekomitees vom 7. und 8. März.

Im Zusammenhang mit den täglich wachsenden politischen Aufgaben der Arbeitersportbewegung gewinnt auch die technisch-methodische Arbeit erhöhte Bedeutung. In der gegenwärtigen Situation handelt es sich für die revolutionäre Arbeitersportbewegung sowohl um Gewinnung der Massen der sporttreibenden Arbeiter, der Einbeziehung zehntausender Arbeiter in der Arbeitersportbewegung, die ihr heute noch fernstehen und ihre Schulung, damit sie befähigt sind, die besonderen Aufgaben der Arbeitersportler im Klassenkampf zu erfüllen.

Betriebspartakiaden

Bei der Programmzusammenstellung einer Betriebspartakiade muß man sich von dem Gedanken lösen lassen, nicht nur die bereits in den Sportorganisationen erfassten Arbeiter sich bei solchen Veranstaltungen betätigen zu lassen, sondern die Gesamtbelegschaft muß dazu mobilisiert werden. Eine Abteilung muß gegen die andere in Konkurrenz treten, ein Betrieb muß gegen den anderen einen Mann-

schaftskampf austragen. Die Ausschreibung zu den sportlichen Wettbewerben muß eine Staffelform haben, das heißt sie muß trennen Jungmänner, Männer, Altersportler und Frauen, ja, wenn die Gelegenheit vorhanden, müssen sogar die Kinder der Belegschaft interessiert werden. Die zur Ausschreibung gelangenden Konkurrenzleistungen müssen so einfach sein, daß jeder sich ohne lange Vorbereitung daran beteiligen kann. Da sind also Schießwettkämpfe, Hindernisläufe, Kurzstreckenläufe mit Start aus dem Liegen, Wurfbewerbe (Ballwerfen), Tauziehen, Gepädmärsche, Schwimmen, Radfahren, Staffelläufe, kombinierte Staffeln mit Radfahren, Laufen, Schwimmen. Das sind Sportarten, die für eine Betriebspartakiade keine langen Vorbereitungen erfordern, vor allen Dingen dann, wenn die Ausschreibungen so beschaffen sind, daß Arbeiter dafür gewonnen werden sollen, die sich bisher gar nicht oder nur sehr wenig sportlich betätigt haben. Dazu müssen, wenn die Möglichkeiten vorhanden, Demonstrationen in Jiu-Jitsu, Ringkampf und Boxen, also ausgesprochene Wehrsportübungen, gebracht werden. Wo ein Festspiel gezeigt werden kann, das die Tendenz der Veranstaltung noch kräftig unterstreicht, muß das arrangiert werden, sonst sind Sprechchöre und Agitprop-truppen heranzuziehen.

Wehrsport

Im Rahmen der Internationalen Spartakiade wird die wehrsportliche Betätigung ihren Ausdruck in dem sportlichen Kampftag finden, der sich zusammensetzt aus 3000-Meter-Lauf, 100-Meter-Schwimmen, 10-Kilometer-Radfahren, Kleinkaliberschießen und Ballweitwerfen.

Aber auch sonst haben die Vereine in jedem Lande die Möglichkeit, mit ihrem technischen Betrieff die Tendenz unserer Bewegung zu unterstreichen. Es ist notwendig, zu überlegen, was wird die Praxis von uns verlangen, um dann zu den Übungen zu kommen, die einen wehrsportlichen Charakter tragen. Da sind Hindernis-, Ball- und Geländeläufe mit Start aus dem Liegen, Kriechübungen der verschiedensten Art, Kletterübungen in der Turnhalle und im Wald, Wurfbewerbe, Gepädmärsche, Geländespiele, Einbeziehung aller Sparten in den Betrieb der Schützen, Ausbildung aller Mitglieder zu Samaritern, Abhaltung von Kurzen in Jiu-Jitsu, Boxen, Ringen, für Rad- und Motorradfahrer Quersfeldeinfahrten, all das sind Übungen, die doch ausgesprochenen Wehrsportcharakter tragen.

Die Jugend und die Frauen

Selbstverständlich ist, daß wir die Jugend bei der Spartakiade besonders berücksichtigen werden. Im Lichtenberger Stadion wird ein ausgesprochenes Jugendprogramm abgewickelt werden, und zwar am Donnerstag, dem 9. Juli. Auch hier werden natürlich die jugendlichen Mitglieder aller Sparten zusammengefaßt werden. Die Jugend des I.S.P., der I.S.D., der Freidenker usw. wird hier mit aufmarschieren.

Unser Frauenprogramm wird am Freitag, dem 10. Juli, im Lichtenberger Stadion besonders in Erscheinung treten. Hier werden gezeigt die Massenübungen der Frauen, und alle übrigen Sparten werden im Rahmen dieses Tages mit einem besonderen Programm aufwarten.

Programm in Berlin

Bei allen sportlichen Konkurrenzen, die für die Spartakiade in Berlin in Frage kommen, ist größter Wert auf Massenbeteiligung gelegt und gleichzeitig sind sie so organisiert, daß sie einen Überblick über das gute sporttechnische Niveau unserer Organisationen geben sollen. Die Klasseneinteilung bei den Fußballern, Leichtathleten, Schwimmern usw. soll nicht zuletzt die Möglichkeit der Massenbeteiligung geben. Während also in der Zeit vom 4. bis 12. Juli die Sparten ihre Programme getrennt zur Durchführung bringen, wird es zum erstenmal werden, an denen alles an einen Ort konzentriert wird, und einmal werden die Mitglieder sämtlicher Sparten sogar zu einer gemeinsamen Übung zusammengefaßt werden. Da ist am Sonntag das Festspiel, das die Tendenz der Internationalen Spartakiade deutlich unterstreichen wird und dann am Sonntag die Massenübungen, die alle Sparten vereinen werden. Diese Übungen sind so gehalten, daß alle Arbeitersportler, ganz gleich welcher Sparte, ohne allzu viele Vorübungen sich daran beteiligen können.

Massenaufmarsch

Zum Schluß noch einige Worte über die am Sonntag, dem 12. Juli, stattfindende Demonstration. Es muß für uns selbstverständlich sein, daß dieser Aufmarsch eine Kampfdemonstration ist, die nachdrücklich auch äußerlich aufzeigt, die Verbindung der roten Sportler mit dem übrigen revolutionären Proletariat, das heißt, daß wir brechen müssen mit der alten Sportfientimentalität, die verlangt, daß die Genossen im Sportdreß rein äußerlich getrennt aufmarschieren von den Betriebsbelegationen, der Partei, der I.S.P. usw. Sie gehören zusammen, und das muß in Berlin bei dem Aufmarsch ebenso deutlich in Erscheinung treten wie bei allen in der Vorbereitungskampagne stattfindenden Veranstaltungen.

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

Advertisement for 'Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien' (Recommended shops in Silesia). It lists various businesses across different locations like Petersdorf, Landeshut, Dittersdorf, Niesky, and others, including shops for food, clothing, and general goods.